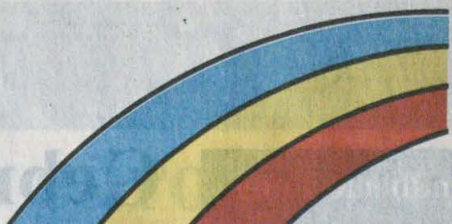


ZC 113

Mecklenburger
Schwinn
Landesbibliothek

Mit Postamt



MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 26 · 26. Juni 1992 · 1,00 DM

Seite 2 Interview: Lothar Kupfer	Seite 3 Europäische Verantwortung	Seite 5 Schweriner Autobahn	Seite 6 Erinnerung in Weimar	Seite 7 Joseph Brodsky	Seite 8 Bauer in Mecklenburg
---	--	--	---	-------------------------------------	---

Absturz als Rettung?

Die Zukunft des Werft-Standorts Mecklenburg-Vorpommern ist gesichert. Das sagen jetzt (fast) alle. Der EG-Beschluß wird landauf, landab von allen als Erfolg gefeiert, die schon immer mal gern einen gehabt hätten: Seite, Lehment, die Gewerkschaften, sogar die Werftarbeiter selbst (die wohl noch mit der größten Berechtigung), endlich noch der unvermeidliche Möllemann, - alle sind's gewesen, und alle sind's zufrieden. Ein Mißerfolg hätte nicht so viele läter gehabt.

Und es stimmt ja auch: Mehr ist nicht drin. Wie katastrophal die Situation im Lande ist, zeigt der Umstand, daß nach der Entscheidung von Brüssel keine Protest-Demonstrationen stattfinden, sondern Ruhe einkehrt. Wenn sogar die betroffenen Belegschaften dem Abbau von rund 12.000 der ursprünglich knapp 20.000 Werftarbeitsplätze gerade mal mit zahem Murren quittieren, wenn dieser Absturz noch als Rettungstat durchgeht, ist wohl neben verändlicher Existenz-Not auch ein Stück Fetisch-Denken im Spiel: Unsere Werften dürfen nicht sterben.

Dürfen sie wirklich nicht? Da ist bei allem Respekt vor den Menschen in den Küstenregionen, denen es nicht nur um die Arbeitsplätze geht, sondern auch um so etwas wie regionale Identität - auf allen politisch-gesellschaftlichen Ebenen eine Stimmung entstanden, die dem Denken in Alternativen kaum noch Raum läßt. Je-mand, der heute das Szenario einer ökonomischen Entwicklung des Landes ohne den Werft-Schwerpunkt vorschlagen wollte, bräuchte sich um seine landespolitische Zukunft nicht groß Sorgen zu machen, - er hätte keine. Denn wer im meisten Schiffs-Tonnage unter dem Patronat möglichst aller Branchen-Wessis vom Stapel laufen lassen will, darf sich als Bester der Zukunft fühlen. Und so kann es schon geschehen, daß über vernünftige Lösungen nur noch unter unvernünftigen Voraussetzungen nachgedacht wird, die zu hinterfragen sich keiner mehr traut.

Dabei wäre es schon angemessen, die Größenordnung des Deals, über dessen Zustandekommen in den Management-Etagen der westlichen Großwerften die Freude groß ist, den Risiken gegenüberzustellen, die daraus resultieren: Im Gegenzug zu einem Kapazitäts-Abbau um 40 Prozent werden den künftigen Eignern der Ost-Werften bis zu 36 Prozent des Neubaupreises ihrer Schiffe ersetzt. Aus den rüchständigen, allenfalls noch in wenigen Markt-Nischen konkurrenzfähigen Ost-Betrieben sind mit einemmal veritable Goldgruben geworden; jetzt kann's - beispielsweise - der Bremer Vulkan bei einer Subventions-Erwartung von bis zu 1,8 Milliarden Mark gar

nicht schnell genug gehen, die Wismarer MTW-Werft zum Preis von einer Mark zu erwerben. Da weiß man, was man hat, - der Klotz am Bein wird zum Jungbrunnen.

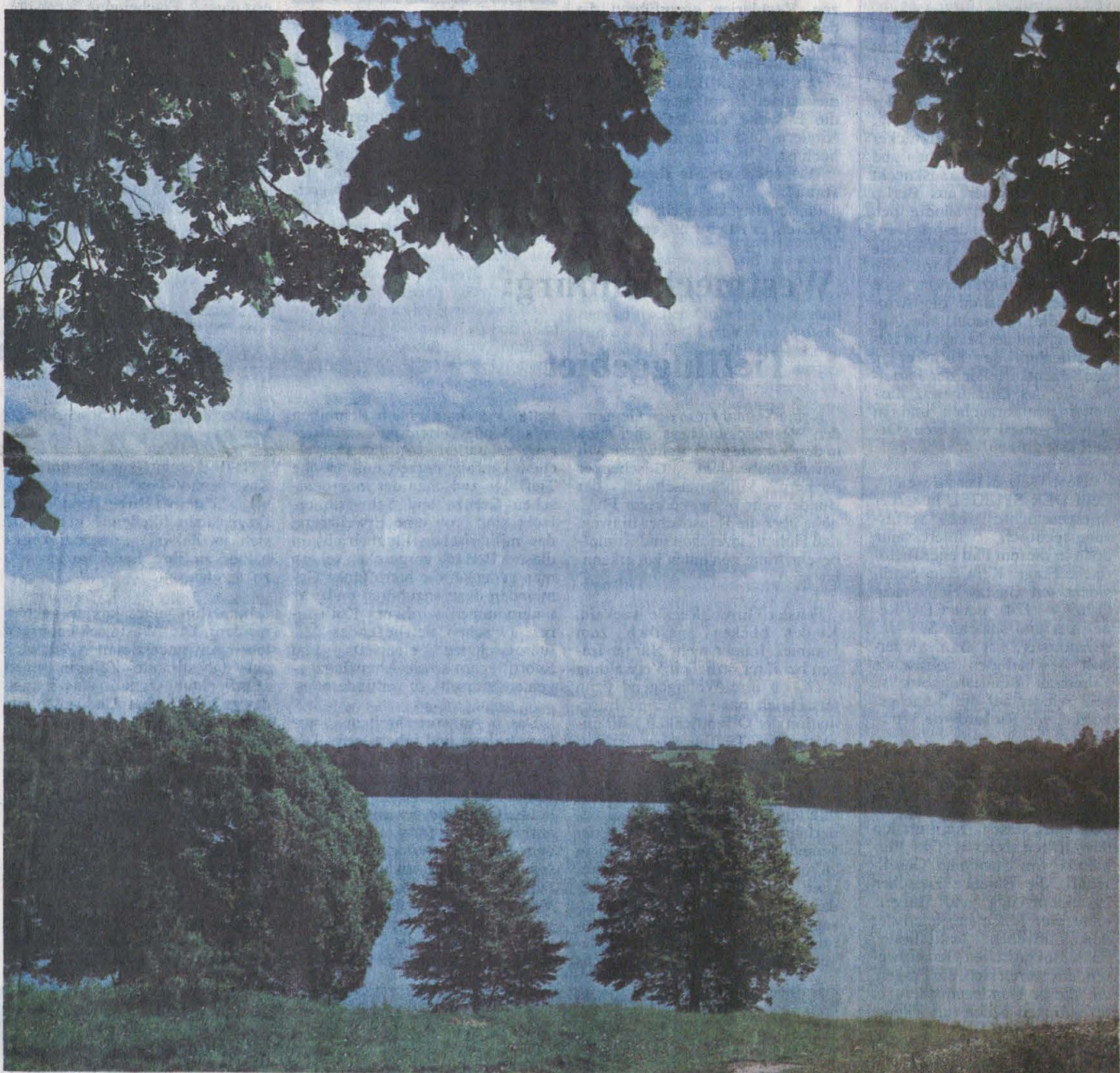
Das Milliarden-Spiel öffnet einer Reihe von Konzernen ungeahnte Spielräume der Unternehmens-Politik. Neue Spielräume der Wirtschaftspolitik Mecklenburg-Vorpommerns sind damit allerdings nicht mit auch nur annähernd vergleichbarer Wahrscheinlichkeit eröffnet worden - im Gegenteil: Sicher nämlich ist nur eins, - die gewaltigen eingesetzten Summen sind für anderweitige Verwendung nicht mehr verfügbar.

Der Staat hat seine bei knappen Mitteln ohnedies allzu geringen Gestaltungs-Möglichkeiten zum erheblichen Teil mit der Rettung der Werften verpulvert, ohne daß für die dabei in Scharen auf die Straße Gesetzten (geschweige denn darüber hinaus) Beschäftigungs-Impulse auch nur erkennbar wären. Daß Wirtschaftsminister Lehment in Goldfinger-Manier von arbeitsplatz-schaffenden Programmen für die Küstenregion erzählt, erweist sich bei einem Blick auf den niederschmetternden Pegelstand in den Kassen und in Anbetracht des mit der Brüsseler Titanen-Leistung aufgebrauchten Aktionsspielraums als Muster ohne - seien wir freundlich - sonderlich großen Wert.

Vom Tourismus allein, das hören wir allenthalben, kann das Land nicht leben. Richtig. Die Landwirtschaft kämpft um ihr pures Vorhandensein. Die Werften werden bei ungewissen Zukunftsaussichten in einem herben Weltmarkt Wenige in Brot halten und Vielen die Türe weisen. Und für Bewegung im Handels-Register sorgen Imbiß-Buden und Verkauf-Filialen westlicher Firmen. Bisher ist nicht viel mehr geschehen, als den Ist-Stand in diesem Katastrophen-Szenario zu sichern. Es ist, als wollte man in einem Land ohne Bodenschätze als erstes die Infrastruktur der Goldgräber-Städte verbessern.

Vom Tourismus allein kann das Land nicht leben. Nochmals: Richtig. Das ist aber kein Grund, nicht weit mehr als bisher zu tun, diesen mit wundervoller Natur gesegneten Landstrich mit Verve und abwägendem ökologischem Verantwortungsgefühl zu einer Perle unter den europäischen Urlaubsregionen zu entwickeln. In den „grünen“ und nicht nur durch den Fremdenverkehr blühenden südlichen Gegenden Bayerns und Baden-Württembergs könnte man sich reiche Anregung holen, wie sich mittelständisches Gewerbe und dezentrale Industrie-Ansiedlung gut und gern in's Bild fügt.

Michael Will



In eigener Sache

Sommerzeit, Sauregurkenzeit. Damit der Mecklenburger Aufbruch nicht ins Sommerloch fällt, muß er ein bißchen Luft holen. Es ist schwerer als wir dachten, Unabhängigkeit zu bewahren, eine Zeitung zu machen kostet viel Geld. Als wir begannen, haben wir von Woche zu Woche gelebt, das ist bis heute so geblieben. Immer wieder haben sich Auswege aus unseren permanenten Geldsorgen gefunden, das wird auch jetzt wieder der Fall sein. In jüngster Zeit haben uns viele unserer Abonnenten „unter die Arme gegriffen“ - hierfür heute

unseren Dank. Ein Zeichen, daß ihnen der MA etwas wert ist. Nach zweieinhalb Jahren brauchen wir eine Atempause. Wir sind eine handvoll Menschen, die bisher jede Woche für Sie eine Zeitung gemacht hat. Das soll auch bald wieder die Regel sein. Über die Sommerzeit werden Sie uns aber nur alle vierzehn Tage in Ihrem Briefkasten oder am Kiosk finden. Bitte haben Sie dafür Verständnis und lesen Sie weiter mit Interesse unsere Randbemerkungen zu dem, was Sie und uns bewegt.

Die Redaktion

Nach dem Fußball

Wenn alles wieder vorbei ist an diesen Fußballmeisterschaften, die Feier der Sieger und der Schmerz der Verlierer nebst dazugehöriger Anhänger, wenn also wieder Normalität in das von den Fans geplagte Schweden eingekehrt ist, dann werden noch immer die Bilder der Gewalt übrigbleiben. Und sie werden sich wiederholen. Dagegen hilft auch nicht der Bibber Empörung, der sich jetzt in den Medien gegen die Hooligans und Fußball-Rowdies breit macht. „Schaut Euch dieses Fratzen an“ heißt es mit hetzerischem Unterton in der Hamburger Boulevard-Zeitung MORGENPOST. Und der NDR-Korrespondent Herbert Fricke spricht dezidiert von Fußball-Verbrechen. Doch diese Fans - das Wort stammt aus der Verkürzung des

Englischen „fanatics“ - sind das Ergebnis eines seit Jahrzehnten gezüchteten und geduldeten Fußball-Chauvinismus. Nun, da sie außer Kontrolle geraten, werden sie gleich abgeschrieben. Über das sporadische Entsetzen aus immer mal wieder gegebenem Anlaß hinaus bleibt die Auseinandersetzung mit dem Problem des „Hooliganismus“ aus. „Fan-Projekte“ bleiben Randererscheinungen ohne angemessene öffentliche Unterstützung und sind so zur Wirkungslosigkeit verdammt. Doch sie sind ein Spiegelbild der alltäglichen, bis ins Fernsehen geduldeten Gewalt und sie sind Kinder unserer Gesellschaft. Wir werden uns darum kümmern müssen.

Bernd C. Hesselein

Politik

Randbemerkung

Demokratie wagen

Das Kartell der Berufspolitiker schlägt zurück. Kaum war das Urteil von Bundespräsident Richard von Weizsäcker über das bekannt geworden, was gängig, aber schwammig, die "politische Kultur" genannt wird, da bellte schon die Spitzengarnitur der politischen Kaste zurück - die Medien eingeschlossen, die ja auch von der Kritik des Bundespräsidenten betroffen sind, wenn er nüchtern feststellt, daß sich die Journalisten der von den Parteien "vorgegebenen Rangordnung der Fragestellungen" anpassen.

Nicht das sachlich begründete Urteil, sondern der Urteilen-de Urteil angegriffen. Dem Präsidenten recht zu geben, hieße, sich von ihm in die Ecke stellen zu lassen, wehrt der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder jegliche Diskussion ab. Wolfgang Böttsch, der hemdsärmelige Chef der CSU-Fraktion im Bundestag, droht, Richard von Weizsäcker möge sich warm anziehen und der politische Landsknecht Heinrich Lummer aus Berlin fordert kurz und bündig den Rücktritt des Bundespräsidenten. So wird auf's Trefflichste bestätigt, was Richard von Weizsäcker anzumerken sich die Freiheit nahm: die Arroganz, die Allmacht, die Anmaßung und der Mangel an Bescheidenheit der Politiker in den Machtkartellen der Parteien, die das Grundgesetz aushöhlen, mißbrauchen und in sein Gegenteil verkehren. Orwell läßt grüßen!

"Geht Weizsäcker zu weit?", stellt DER SPIEGEL in seiner Titelgeschichte die verfassungsrechtlich interessante doch in diesem Fall eher rhetorische Frage. Kein Bundespräsident seit Gustav Heinemann (1969 - 1974), dem CDU-Regenaten und späteren SPD-Justizminister, hat dem wiederholt beschädigten politischen Komment Bundesrepublik so sehr wieder auf die Beine geholfen, wie Richard von Weizsäcker.

Unvergessen seine notwendige Rede zum 8. Mai 1985, dem vierzigsten Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, die Balance zwischen Parteienprivileg und Bürgerrecht, der Machtgleichheit der demokratischen Institutionen im demokratischen Gemeinwesen, das waren stets die Fragen, die dieser Bundespräsident in öffentlichen Reden zum Thema machte.

Der Vorwurf, der jetzt die eingeseessene Polit-Hierarchie in Bonn erregt, die Parteien machten den Staat zu ihrer Beute, ist dabei nicht neu. Die Herren haben es wohl nur vergessen oder nie so recht ernst genommen. Aber nun, da so vieles zu Ende geht in der alten Bundesrepublik - ihr Überfluß und ihre Selbstzufriedenheit - müssen wohl auch die ausgetretenen Pfade der repräsentativen Demokratie verlassen und neu vermessen werden.

Aus der Krise der parlamentarischen Demokratie können nur Demokraten herausführen. Die zu Wahlbürgern degenerierten Menschen werden sich (wieder?) selber mehr um Politik kümmern müssen. Der vor schnell aufgelöste Runde Tisch der friedlichen Revolution in der DDR, ein Einstands-geschenk zur deutschen Einheit, könnte ein Modell für die dringend notwendige Reform des parlamentarischen Systems sein.

Bernd C. Hesslein

Gebrauchte DDR-Bürger in die Schule

Interview mit dem Innenminister Lothar Kupfer

Herr Minister, im Lande herrscht die Meinung vor, es stehe um die innere Sicherheit schlecht, wie schätzen Sie die Situation ein?

So schlimm wie die Sicherheitslage in der öffentlichen Meinung bzw. im subjektiven Sicherheitsempfinden der einzelnen Bürger wekommt, ist sie nicht. Zwar steht M-V in der Kriminalstatistik in den neuen Bundesländern oben an, aber im Vergleich zu den alten Bundesländern haben wir bedeutend weniger Straftaten zu verzeichnen.

Die Straftaten in unserem Land sind in hohem Maße solche aus dem Bagatelldeliktbereich.

Die Roheitsdelikte, also Gewaltstraftaten betragen bei uns 5%. Diese Straftaten beeinflussen das subjektive Sicherheitsgefühl. Deshalb wehre ich mich dagegen, daß es heißt, wir seien hier der wilde Norden, man könne sich nachts nicht auf die Straße trauen. Dennoch müssen wir jetzt die Zeit nutzen, Regularien einzuführen die das Anwachsen dieser Straftaten verhindern.

„Bagatelldelikte“? Das sind zum Beispiel Fahrraddiebstähle. Besorgniserregend ist die Tatsache, daß der Anteil von Kindern und Jugendlichen sehr hoch ist.

Wie erklären Sie diesen Umstand?

Pauschal ist das sicher nicht zu erklären, es ist eine allgemeine Er-

scheinung in den neuen Bundesländern. Das mag in den Randbedingungen des Umbruchs begründet sein. Viele Jugendliche fühlen sich durch die Ereignisse selbst, durch die klimatischen Verände-



rungen in Schule und Elternhaus allein gelassen.

Was tut das Land, um dem entgegen zu wirken?

Unter Federführung des Kultusministeriums ist eine interministerielle Arbeitsgruppe, zu ihr gehört das Sozial- und das Innenministerium, dabei die Ursachen und damit die Möglichkeit des Eingreifens herauszuarbeiten. Der Präventionsbereich ist genau so

wichtig wie die aktive Straftatsverhütung.

Gibt es Anzeichen für organisiertes Verbrechen, Drogenkriminalität?

Noch kann man nicht von diesen Verbrechen als einer massiven Erscheinung sprechen, erste Anzeichen sind da, aber aussagekräftig sind sie nicht.

Aber die „gewöhnliche“ Kriminalität ist schon ein Problem, noch problematischer ist der Eindruck, daß die Polizei zu spät oder gar nicht reagiert, wenn sie gerufen wird.

Ich bin mit unserer Polizei, so wie sie jetzt ist, sehr zufrieden. Die Polizisten sind wie die meisten der Bürger auch gebrauchte DDR-Bürger. Sie befinden sich wie der Rest der Gesellschaft in einem intensiven Umschulungsprozeß. Die Polizisten müssen den Rechtsstaat verteidigen und hier ist es grundsätzlich anders als in der DDR. Sie ist nicht allgegenwärtig und tritt als das Instrumentarium des Staates erst dann in Erscheinung, wenn der Bürger die Polizei ruft, oder wenn sie durch Präsenz präventiv tätig ist. Sie kann für politische Defizite nicht verantwortlich gemacht werden.

Die Polizei ist derzeit noch überfordert, zum einen fehlen fast 1000 Polizisten, zum andern sitzen rund 500 täglich auf Schulbänken und werden ausgebildet. Davon, daß ich zu viele Planstellen vorhalte, kann nicht die Rede sein.

Dennoch wird der Eindruck, die Polizei sehe weg statt entschieden zu handeln, durch eine Vielzahl von Begebenheiten untermauert.

Es mag ein Defizit sein, daß nicht genügend herüberkommt: Was kann, was will die Polizei. Einzelbeispiele werden immer wieder belegen, daß hier und da der Bürger nicht zufrieden ist. Aber das ist nicht davon abhängig wieviele Polizisten es gibt. Und sicher dürfte der Bürger sich nicht wünschen, daß wir wieder einen Polizeistaat haben.

Das Polizeigesetz beschert uns einen Überwachungsstaat?

Es handelt sich hier nicht um ein Polizeigesetz sondern um eines über Ordnung und Sicherheit. Man hat sich verständigt, daß bestimmte notwendige polizeitaktische Maßnahmen erforderlich sind. Um der organisierten Kriminalität vorzubeugen, bzw. Herr zu werden. Dazu gehört der Einsatz verdeckter Ermittler. Es wird Möglichkeiten des verdeckten Datenabgleichs geben.

„Überwachungsstaat“? Ich weiß nicht inwieweit vertretbar ist, solche Vergleiche herzustellen. Ein bestimmter Tatbestand kann solche Maßnahmen nötig machen. Es sind in jedem Fall rechtsstaatliche Regularien eingebaut, daß man von einem Überwachungsstaat nicht sprechen kann.

Interview: R. Marquardt

Westmecklenburg: Tieffluggebiet

Keine Seltenheit in den Gemeinden Westmecklenburgs, aber auch in den Vororten von Schwerin: Mit ohrenbetäubendem Geschepper donnern Militärmaschinen der Bundeswehr in so niedriger Flughöhe über die Hausdächer hinweg, daß Hoheitsabzeichen und Rumpfbeschriftung von unten gut erkennbar sind.

Fenster klirren, Regale wackeln, Kinder blicken ängstlich zum Himmel. Immer mehr Bürger fragen bei ihrer örtlichen Verwaltung nach, ob ihre Wohngegend denn tatsächlich ohne vorherige Information der Öffentlichkeit zum militärischen Tieffluggebiet erklärt worden ist.

Was einer gleichfalls uninformierten Kommunalverwaltung widerfährt, wenn sie sich mit der freundlichen Bitte um Aufklärung an's zuständige Bundesministerium wendet, hat jetzt der Leiter des Amtes Gadebusch-Land, Lausen, erfahren müssen: Nach zahlreichen Anfragen der Gemeindevertretungen seines Amtsbereichs

hatte er sich in einem Schreiben an's Bundesverteidigungsministerium erkundigt, „ob und in welchem Umfang derzeit militärische Tiefflüge zwischen der innerdeutschen Grenze und Schwerin erlaubt sind“, ob eine Erweiterung des militärischen Flugbetriebs in diesem Bereich vorgesehen sei, ob man gedenke, die betroffenen Gemeinden dazu anzuhören und was unternommen wird, um Kollisionen zwischen tieffliegenden Militärmaschinen einerseits und Sportfliegern sowie Agrarflugzeugen andererseits zu verhindern.

Das Antwortschreiben war barsch, kurz und inhaltslos: „Der Bundesminister der Verteidigung“, ließ im Auftrag ein Herr Rubin wissen, habe „die Öffentlichkeit über die gestellten Fragen ausreichend informiert“. Außerdem, heißt es weiter sibyllinisch, seien in den „Nachrichten für Luftfahrer“ (eine Publikation, die der Verteidigungsminister offenbar in jeder mecklenburgischen Haushaltung vermutet) „die Verfahrensweisen über den Flugbetrieb in der

Entflechtungszone beschrieben“ worden.

Nach diesem Ukas im zünftigen Kasernenhof-Ton forderte Auftrags-Schreiber Rubin den lästigen Frager „abschließend“ noch auf, sich in Zukunft „zuständigkeits-halber an Ihre Landesregierung“ zu wenden.

Immerhin, eines konnte geklärt werden: Die Westmecklenburger leben seit unbestimmter Zeit und auf unbestimmte Zeit in einer „Entflechtungszone“. Was immer das zu besagen hat. Und außerdem hat Mecklenburg-Vorpommern jetzt offenbar ein eigenes Verteidigungsministerium, denn wie sonst sollte sich die „Zuständigkeit“ der Landesregierung für den militärischen Tiefflug erklären?

Im Ernst: Vor Ärger muß einem schon die Spucke wegbleiben, mit welcher Selbstverständlichkeit irgendein ungehobelter Auftrags-Mensch der Bundeswehr die Fragen von Bürgern abmeiert, denen die gleiche Bundeswehr ohne Vor-

warnung die Ohren zudröhnt und das durchaus nicht bescheidene Restrisiko von Tiefflug-Unfällen zumutet. Mittlerweile wissen wir mehr: Die Bonner Haardhöhe hat dem Schweriner SPD-Bundestags-abgeordneten Hans-Joachim Hacker „mündlich“ bestätigt, daß der Raum Gadebusch Tieffluggebiet werden soll.

Das war ja zu erwarten: Nachdem Tiefflugübungen nach einer Serie von Katastrophen und Beinahe-Katastrophen in den westlichen Bundesländern in's Gerede gekommen sind und sich herumgesprochen hat, daß sie als Teil des Ausbildungsprogramms für Bundeswehr-Piloten durchaus entbehrlich sind, wird das Beitritts-Gebiet damit beglückt.

Statt mit dem Milliarden-verschlingenden Irrsinn Schluß zu machen, weicht man damit einfach dorthin aus, wo man offenbar hofft, daß die Leute andere Sorgen haben, als sich um so was zu scheeren. Man kann nur hoffen, daß diese miese Rechnung nicht aufgeht.

Franz Maag

Andere Meinungen

Die Welt ist rund wie der Fußball, und entsprechend wie auf den dazugehörigen Meisterschaften geht es auch auf ihr zu, nämlich aufgeregt und manchmal ein wenig irrational.

Für die westdeutschen Zeitungen waren die Entscheidungen der Außen- und Verteidigungsminister auf der Konferenz der Westeuropäischen Union (WEU) in Bonn ebenso ein Thema, wie der von UNO-Generalsekretär Ghali geforderte erweiterte Blauhelm-Einsatz in Sarajewo. Themen waren aber auch der Streit im Stolpe-Untersuchungsausschuß und der Katholikentag in Karlsruhe.

Die in Bonn erscheinende Tageszeitung DIE WELT begrüßt die Entscheidung der WEU-Staaten, sich künftig auch militärisch zu engagieren. Unter dem Titel „Ein Papiertiger lebt auf“ schreibt die Zeitung:

„Wichtig war der übereinstimmende Hinweis der Minister Kinkel und Rühe, daß sie für eine Grundgesetzänderung eintreten, die Deutschland in die Lage ver-

setzt, alle Rechte und Pflichten aus der UNO-Charta wahrzunehmen.

Das unterstreicht die inzwischen erzielte Annäherung von CDU/CSU und FDP in dieser Frage. Den Weg zu einer Zustimmung der SPD suchte Rühe dadurch zu ebnet, daß er feststellte: „Praktisch wird es in nächster Zeit nur um Blauhelmeinsätze gehen.“

Entscheidend wird sein, daß dadurch „friedensschaffende“ Einsätze in Zukunft nicht ausgeschlossen werden.“

Als Zukunftsmusik bezeichnet die FRANKFURTER RUND-SCHAU den Versuch des UN-Generalsekretärs Butros Ghali, eine Eingreifreserve von UNO-Blauhelmen aufzustellen, die mit Waffengewalt dem Morden marodierender Truppen in Jugoslawien ein Ende bereiten könnten. Obgleich die Zeitung dem Vorhaben wenig Chancen einräumt, knüpft sie für die Zukunft einige weitergehende Gedanken:

„Damit könnte sich der einzige erkennbare Faktor der „Neuen Weltordnung“ konkretisieren, den

US-Präsident Bush vor und während des Golf-Krieges benannt hatte, als der UN-Sicherheitsrat eine Internationale Armada mit dem Feldzug am Golf beauftragt hatte.

Die UNO würde zum Weltpolizisten, der dann einschließlich bewaffneter Gewalt über eine breite Palette von Eingriffsmöglichkeiten verfügen würde.

Doch bevor man einen solch bedeutsamen Schritt tun könnte, müßte zunächst über die Struktur der Weltorganisation nachgedacht werden.

Und zwar nicht nur über die Zusammensetzung des Sicherheitsrats, sondern ebenso über Mehrheitsentscheidungen und Veto-recht, um das Risiko eines Mißbrauchs nationaler oder Großmachtinteressen zu vermeiden. Nichts wäre fataler als eine Weltorganisation, die zum bewaffneten Büttel von Partikularinteressen gemacht werden könnte.

So erscheint der Vorstoß des Generalsekretärs als entfernte Zukunftsmusik, für die zunächst die Bühne bereitet werden muß. Mehr

mag Butros Ghali zunächst gar nicht gewollt haben.“

Noch immer ist Manfred Stolpe der westdeutschen Presse mehr Druckerschwärze wert als das bei den Medien in den neuen Bundesländern der Fall ist. So schreibt die konservative FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG über den Zwischenbericht im Stolpe-Ausschuß:

„Eine mit Mehrheit erzwungene Wahrheit ist nicht immer die letzte Wahrheit. Daher sind SPD und FDP im Untersuchungsausschuß des brandenburgischen Landtags ein hohes Risiko eingegangen, als sie im Verfahrensdurchmarsch einen Zwischenbericht ohne Aussprache gebilligt haben, den der Ausschußvorsitzende formuliert hatte.“

Die für den Ministerpräsidenten Stolpe günstigen Wertungen sollten schnell und unverändert politisch beglaubigt werden. Das war der Koalitionsmehrheit wichtiger als die Berücksichtigung der Einwände von Bündnis 90 und CDU. Ein Zwischenbericht ist kein Schlußbericht.“

Trauerspiel fand glückliches Ende

Amtsgericht Lübeck, Datum: 17. Juni 1992

Ein freundlicher, wohlmeinender Richter, flankiert von zwei Schöffen, eine kaugummignusschende Justizbeamtin, ein Staatsanwalt. Dieser Herr war generell für ihn war die Sache völlig klar. Wir hatten es hier mit einem Dieb zu tun. Das war der Angeklagte, ein bis dahin unbescholtener Bürger aus Ratzeburg. Außer der Anwältin sind da noch ein paar Zuschauer, die quälte die Frage: Wann steht man auf? In der Gerichtsstube muteten die Zeremonien sehr drollig an.

Ein Revisionsprozeß fand hier statt. Wir hörten also noch einmal die ungeheuerliche Moralt, die sich zu Ostern 1990 im ehemaligen Grenzgebiet zugetragen hatte. Die Familie des Beschuldigten war an einer Osterfahrt, ihnen hatte sich ein Pärchen angeschlossen, jedenfalls befanden sich vier Erwachsene, drei kleine Kinder und - na kommt es - zwei Plastegrenzpfähle im Auto des Angeklagten als ein Beamter des BGS die Fahrt stoppte. Das Pärchen entkam unkenntlich. Die Eheleute H. waren der Tat quasi schon überführt: Diebstahl im Werte von 54,- DM. Geschädigter: Die Bundesrepublik Deutschland. Erinstanzlich wurde der Fahrzeuglenker verurteilt, die Ehefrau freigesprochen.

Das ist nicht hinnehmbar, der Verurteilte ist überzeugt: Er ist unschuldig. Zwischenzeitlich wird die Einstellung des Verfahrens in Aussicht gestellt. Der Angeklagte will ein Urteil, der sein Leben lang gegen die Grenze in Deutschland gekämpft hat, will, wenn der Rechtsstaat es denn so entscheidet, dann eben in den Knast.

Die Anwältin erinnert im ihrem Plädoyer an die Verfügung über Ladendiebstähle, deren Wert von 50,-DM lägen, nicht strafrechtlich verfolgt würden, in Anbetracht der Abnutzung der Pfähle sei ihr Verstecken unter diesem Limit anzusehen. Sie fordert Freispruch. Der Anwalt des Staates: Ein Jahr Gefängnis aussetzen oder eine Weiche Knast!

Dann ein weiser Richter: Das Urteil lautet: Freispruch! Weiche sei dem Angeklagten die Tat nachzuweisen, noch sei zu verstehen, warum die Ehefrau des Angeklagten für dasselbe Delikt freigesprochen worden sei.

Eine Rechtsposse ist beendet. Dem Bundespräsidenten bleibt erspart, daß er über ein eigentliches Gnadenersuchen hätte entscheiden müssen, weil jemand verurteilt worden wäre, der vier Monate nach Grenzöffnung, dabei erwischte wurde, daß in seinem Auto zwei Plastegrenzpfähle lagen. Die Kosten tragen wir.

C. Doose

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0863-369 X, Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Redaktion: Politik: Regine Marquardt Kultur: Wolfram Pilz Redaktionsassistentin: Anke Sendrowski

Ständige Autoren: Karl Bäk, Caterine Doose, Bernd C. Hesslein, Helmut Kater, Udo Knapp, Meir Mandelboim, Holger Panse, Waldemar Schlegel, Constanze Steinke, Dr. Cora Stephan, Dorothee Trapp, Michael Will

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19 2750 Schwerin, Telefon 8 33 88

Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gienke Anzeigen: Reiner Prinzler

Anzeigen-Satz: Hans Studio, O-2400 Wismar, Scheuerstraße 1a

Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Redaktionellen Grünten werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Politik

Bestseller Weltuntergang

Wider die Zerstörung der Wahrnehmung durch die Lust an der Katastrophe

Ich habe im Prinzip nichts gegen den Weltuntergang. Hauptsache, er wird in Farbe übertragen. Auf diese Weise habe ich ihn schon mehr als einmal prima überlebt: so über den Daumen gepeilt sechs bis sieben Mal in den letzten zehn Jahren.

Das ging gleich gut los mit der Nachrüstung, die uns, so hieß es Anfang der 80er Jahre, so ziemlich demnächst den atomaren Holocaust bescheren müsse. Bücher mit dem packenden Titel „Angst“ machten guten Umsatz. Heute wissen wir, daß die Reagansche Rüstungspolitik nicht den Globus, sondern nur die Sowjetunion auf dem Kerbholz hat. Gemütlicher ist die Welt dadurch natürlich nicht geworden, der Untergang von Weltreichen ist bekanntlich selten stimmungsvoll, und die Freiheit von Diktatur wird, undankbar ist der Mensch, leider immer nur kurz gefeiert. Aber Weltuntergang, Feuer und Schwefel, Armageddon? Nichts zu sehen. Die Völker im ehemaligen Jugoslawien schlagen sich die Köpfe ein, ganz ohne unseren unabdingbaren Friedenswillen zu beeinträchtigen.

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl war die Stimmung auch ziemlich duster, den damals kursierenden Hochrechnungen zufolge war der atomare Showdown nurmehr eine Frage von Monaten. Auch damals fühlte man sich in unseren Breiten ganz besonders außerordentlich bedroht, obzwar auch hier wieder das Drama von anderen ausgekostet werden mußte. Naja, unser Potential an Bedrohungsgefühlen ist einfach höher entwickelt.

Der nächste Untergang wenigstens der Menschheit, wenn nicht schon der Welt, verdankte sich dann einem Virus namens HIV. Auch jetzt waren Zeitgeistspürnachen flott zugange beim Hochrechnen und kamen schnell zum Schluß, daß vor allem Omas, Kinder und andere besonders unschuldige Wesen vom heimtückischen Aidsvirus betroffen seien, also: wir. Also: alle. Vor allem in Zeitzeitsmagazinen gestaltete man den Abschied von der Welt, der Lust, daraufhin erst recht geschmackvoll. Richtig: auch diesmal waren es wieder die anderen, die das Sterben übernehmen durften.

Das Ergebnis dieser so egoistischen wie larmoyanten und verlogenen Debatte: während damals mit grotesk übertriebenen Zahlen das Aussterben der Menschheit suggeriert wurde, damit auch Hänschen Klein die drohende Gefahr begreife, redet heute gleich gar keiner mehr über die nicht ganz so bunte, die schleichende Katastrophe und das wirkliche Sterben mancher. Das Spendenaufkommen für die Aids-Hilfe tendiert nach null.

Ein letztes Beispiel für die verbreitete und furchtbar folgenlose Katastrophenlust: Während des Golfkrieges beschworen die westlichen Apokalyptiker den globalen Winter, den der Brand derart vieler Ölquellen auslösen müsse, die zu löschen überdies Jahre kosten würde, weswegen die Kuweitis zugunsten höherer Interessen leider weiter unter der Knute Saddams Hussein schmachten müßten. Über solcherlei Szenarien redet heute niemand mehr, sie haben ihre ungute Wirkung schließlich entfaltet: über die nicht ganz so dramatischen, aber am menschlichen Maß genommen mindestens ebenso fatalen Folgen solcher Krisen in detail redet kaum noch einer.

Aber nur ruhig: der nächste Weltuntergang ist schon auf der Agenda, er geht vom Abholzen der Regenwälder aus, und es wird uns schon gelingen, ihn zumindestens solange zu beschwören, bis man's nicht mehr hören kann, weshalb dann wieder vom Robbensterben geredet werden darf, bis irgendein anderer apokalyptischer Reiz unsere überfütterten Sinne erreicht hat. Übrigens - vom Waldsterben hat man lange nichts mehr gehört. Da war doch mal was?

Die Katastrophenlust im Norden dieser Welt - der vor kurzem noch der Westen hieß - ist ungebrochen, und sie wird solange wachsen, solange man hierzulande von den wahren Katastrophen verschont bleibt. Die Abschreckungswirkung, der aufrüttelnde Effekt der Horrormeldungen ist längst verfliegen.

Man weiß hierzulande, daß eigentlich schon längst untergegangen sein müßte, was zumindestens für unsereins immer noch erstaunlich gut funktioniert - aber außer öffentlich-rechtlichen Appellen (wie diesem hier), Mahnwachen vorm örtlichen Mülldepot und erbitterten Kommentaren zum pompös-blöden Umweltgipfel in Rio fällt den meisten zum zügigen Weltuntergang schlechterdings nichts Originelles mehr ein. Vor allem nichts Wirkungsvolles. Gottja, der Verkehr in hiesigen Großstädten steht seit Jahren schon immer knapp vor dem Kollaps. Der aber tritt eben stets nur kurzfristig ein. Es gibt es noch, das Leben vor dem endgültigen Aus.

Und so wird es auch weitergehen. Unsere Politiker wollen schon lange nur noch Wahlen gewinnen, unsere Experten verrechnen sich andauernd, und unsere Medien walten eben ihres Amtes, was bisweilen dazu führt, daß ein Thema bis zum Verschleiß ausgekostet wird, womit dann das pädagogische Ziel mit Applomb verfehlt wäre, daß das Bewußtwerden und Verhaltensänderung heißt.

Aber wahrscheinlich geht das alles gar nicht anders. Wer so wohl-

habend ist wie die Bevölkerung hierzulande im Vergleich zum Rest der Welt, der muß das schlechte Gewissen mit lauten Schuldbekennnissen beruhigen. Die gehobenen Mittelklasse-Bundesrepublikaner pflegen sich gegenseitig abzumahnend und der globalen Umweltkrise wegen ins Gebet zu nehmen, als könnten sie ihr Glück nicht glauben, als müßten sie sich entschuldigen für den unverdienten Zufall, auf dem richtigen Längen- und Breitengrad geboren zu sein. Wir gehören nicht nur als Umweltschädlinge zur Weltspitzenklasse, sondern auch als bekennende und reumütige Sünder. Es nützt nur nicht sehr viel.

Der selbstanklägerische Katastrophengestus hierzulande scheint denn auch eher einer seelischen Ökonomie zu dienen als der tatsächlichen Bewältigung wirklicher oder vermeintlicher Übel. Man mag das als den altbekanntesten deutschen Kulturpessimismus ana-

len, kommt es auf den politischen Mehrwert an, den sie aus dem so-noren Moralisieren beziehen können. An praktische Abhilfe ist nicht gedacht, an den Reformismus, den Pragmatismus der kleinen Schritte - deshalb muß ja die Katastrophe möglichst gewaltig und allumfassend ausgemalt werden.

Wer meint, es müsse wirklich etwas geschehen, nicht nur um die Umwelt zu retten, die bekanntlich ohne Menschen prima klar käme, sondern um der Menschheit ein möglichst gedeihliches Überleben in allen Himmelsrichtungen des Globus zu ermöglichen, schlägt demzufolge andere Töne an. Es muß nicht vom Klimakollaps geredet werden, um Ozonloch und möglichen Klimaeffekten Aufmerksamkeit zu schenken. Es muß auch nicht gleich der globale Winter ausgerufen werden, um die Konsequenzen von Vulkanausbrüchen wie der Ölbrände in der Golfregion zu untersuchen. Der Hang zur Dramatisierung schadet der notwendigen Debatte, macht die sogenannten Experten unglaubwürdig und verhindert vernünftige und praktikable Schritte auf dem Wege zur Besserung. Schlimm genug, daß in der betroffenen Öffentlichkeit jede realistische Schilderung, die sich demzufolge unterhalb des Niveaus von Weltuntergangsszenarien abspielt, als politisch interessierte Beschwichtigung-propaganda denunziert wird.

Der „Heidelberger Appell“, in dem 264 Wissenschaftler, Intellektuelle und Politiker - z.B. Umberto Eco, Pierre Bourdieu und ein halbes Hundert Nobelpreisträger - anläßlich des Umweltgipfels von Rio vor irrationalen, wissenschafts- und fortschrittsfeindlichen Emotionen warnen, ist hierzulande ungern zur Kenntnis genommen worden. Bei uns in Deutschland ist man es gewohnt, daß Dichter und Denker sich im lautstarken Moralisieren üben, nicht aber zu rationaler Einsicht und Umsetzung aufordern. Das aber wäre das einzige, was helfen könnte. Wenn denn überhaupt noch etwas hilft. Pikanterie am Rande und zum Ende: wenig könnte umweltschädlicher gewesen sein als der Umweltgipfel von Rio. Allein die 250 Fotokopierer haben jeden Tag etwa eine Million Blatt Papier ausgestoßen, das überwiegend ungelesen wieder im Papierkorb landete - ganz zu schweigen von Müllbergen am Versammlungsort und gewaltigem Energieumsatz. Aber macht nichts - denn Hauptsache ist doch, wir können den Diskurs der guten Vorsätze im Angesicht eines wieder einmal drohenden Weltuntergangs weiterführen. Es würde uns sonst glatt was fehlen.

Cora Stephan

Dramatisierung schadet der notwendigen Debatte

lysieren, wie es der Historiker Arnulf Baring tut, als antiwestliches, antimodernistisches und irrationaleres Ressentiment, das sich heute indes eher links als rechts versteht. Solchen Vorstellungen zufolge wächst das Heil aus der Katastrophe, hat die Apokalypse kathargische Wirkungen und erstet aus dem Untergang die neue, blitzsaubere Welt.

Tatsächlich klingt im Weltuntergangsdiskurs vieles nach verkappter Erlösungsstrategie. Die apokalyptischen Reiter haben mit der Beschwörung des großen Kladderadatschs seit je Politik machen, haben immer die Bürger gewinnen wollen für höhere, für allgemeinere Ziele: für religiöse Umkehr oder für Systemsturz. Die Grünen etwa haben es jahrelang vorzüglich verstanden, ihren Wählern vorzuerzählen, aus der Atomenergie könne nur aussteigen, wer die Systemfrage stelle und gleich auch auf Bundesgrenzschutz und NATO verzichte. Diese Tyrannei des ganz großen politischen Zusammenhangs macht unempfindlich für die kleinen, aber womöglich umso nachhaltigeren Veränderungen dieser Welt.

Aber das soll sie ja wohl auch. Den Apokalypse-Predigern, denen wir ihre hohen Buchauflagen mehr oder weniger gerne gönnen wol-

Die europäische Verantwortung

Die Idee der europäischen Einigung ist im Kern die deutsch-französische Selbstverpflichtung, Europa im Sinne westlicher Demokratie auf die weltweite, ungeteilte Geltung von Menschenrechten und demokratischen Freiheiten festzulegen. Als Antwort auf Faschismus und Stalinismus soll ein humanistischer und freiheitlicher Anspruch als universelles Prinzip auf Dauer die Politik Europas in der Welt prägen. Dieser Anspruch wurde über 40 Jahre durch den Ost-West-Gegensatz, seine Macht- und Bedrohungsszenarien und die US-Präsenz befestigt. Jenseits einfacher Abschreckungs-Strategien gegen den Kommunismus brauchte er kaum Begründungen. Der Ost-West-Gegensatz verdeckte auch gnädig das Heranwachsen der Bundesrepublik zur ökonomischen und politischen Vormacht Europas.

Was als ökonomisch bestimmter Einigungsprozeß begann, muß jetzt politisch zu Ende geführt werden. Aus ökonomischen Fakten heraus ergibt sich kein unausweichlicher Weg in den europäischen Bundesstaat. Jetzt muß europäischer Humanismus seinen universellen Geltungsanspruch aus eigener Kraft politisch legitimieren. Da erscheint europäische Gemeinsamkeit beunruhigend schwach. Die Bundesrepublik setze unter Kohl und Genscher bisher auf die europäische Einigung. Das kann sich aber aus innenpolitischen Gründen leicht und schnell ändern. In der Freude darüber, daß die Dänen den Bürokraten da oben in Brüssel eins ausgewischt haben, wird übersehen, welche Konsequenzen ein Scheitern der Maastrichter Verträge haben kann.

Das Scheitern hieße vor allem die Wiederkehr eines heute mehr als je zuvor in den letzten hundert Jahren hegemonialen Deutschlands. Ohne den Bundesstaat Europa muß die Bundesrepublik wegen ihrer geographischen Lage, wegen ihrer ökonomischen Vormachtrolle und wegen ihres funktionierenden politischen Systems im Inneren eine nationale Interessenpolitik betreiben, die von der Öffnung nach Osten und der vorsichtigen Abgrenzung nach Westen lebt. Die alte Schaukelpolitik Deutschlands hat schon wieder begonnen. Das gerade gegründete deutsch-französische Korps gefährdet die Zusammenarbeit mit den USA in der Sicherheitspolitik und fördert Tendenzen in den USA zu Isolationismus und verstärkt umgekehrt den eigenverantwortlichen Spielraum aller anderen Mittel- und Großmächte.

Eine solche Politik muß nicht automatisch die Wiederaufgabe eines deutschen Militarismus zur Folge haben. Den will in der Bundesrepublik niemand mehr. Den würden die anderen europäischen Völker auch nicht hinnehmen. Aber auch eine zivil ihre imperialen Interessen durchsetzende Bundesrepublik muß von den übrigen Völkern als Bedrohung empfunden werden. Sie haben längst begriffen, daß die Alternative zu einem Europäischen Bundesstaat ein deutsches Europa ist. Alles, was heute schon in der EG versucht wird im Konsensprinzip der Regierungen gemeinsam zu bewältigen, muß dann unter offen deutscher Dominanz in zweiseitigen Verträgen durchgesetzt werden. Denn zu einer Politik, die über die nationalen Grenzen hinausreicht, gibt es gar keine Alternative mehr. In allen entscheidenden Fragen, sei es nun die Ökologie, die Friedenssicherung, eine global gedachte Nord-Süd-Politik, machen nationale Begrenzungen heute keinen Sinn mehr.

Nur das erfolgreiche Beispiel sichert die EG vor ihrem Zerfall, der natürlich nicht auszuschließen ist, oder vor ihrer Reduktion auf eine Freihandelszone.

Linke, Grüne und Sozialdemokraten jedenfalls, die sich diesem Staatsneubau, von dem noch niemand genau weiß, wie das Haus am Ende genau aussehen wird, in nationalpopulistischem „Bei-den-Massen-sein-wollen“ verweigern, setzen nur ihren machtpolitisch motivierten Gesinnungs-Internationalismus fort. Die Gelegenheit, mit der Vereinigung Europas sich als Linke und Grüne kosmopolitischem freiheitlichem Denken zu öffnen, verspielen sie noch einmal. Sie liefern, möglicherweise ohne es zu übersehen, die Impulse für eine Renationalisierung deutscher Politik, die im Augenblick jedenfalls die regierenden liberalen Konservativen in der CDU nicht wollen. Das kann sich aber schnell ändern.

Kulturelle Besonderheiten, Sprache, Geschichte und Tradition müssen daran nicht zwangsläufig zerbrechen, auch wenn sie deutlich relativiert und ganz neue kulturelle Bezüge entstehen werden. Föderalismus und Regionalismus sind nicht gefährdet. Im Gegenteil, sie gewinnen mit der Globalisierung

der Politik, hier der Europäisierung, wachsenden Spielraum. Ein solches Projekt Europa erfordert ein hohes Maß an politischer Gestaltungskraft bei den deutschen Politikern. Sie müßten sich den Versuchungen, die von der neuen deutschen Stärke herrühren, widersetzen. Sie müßten bereit sein, die Bürger der Bundesrepublik von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf eingespielte Strukturen und Institutionen zugunsten eines Neuanfangs in Europa zu verzichten. Ein solcher Versuch ist bisher nicht erkennbar.

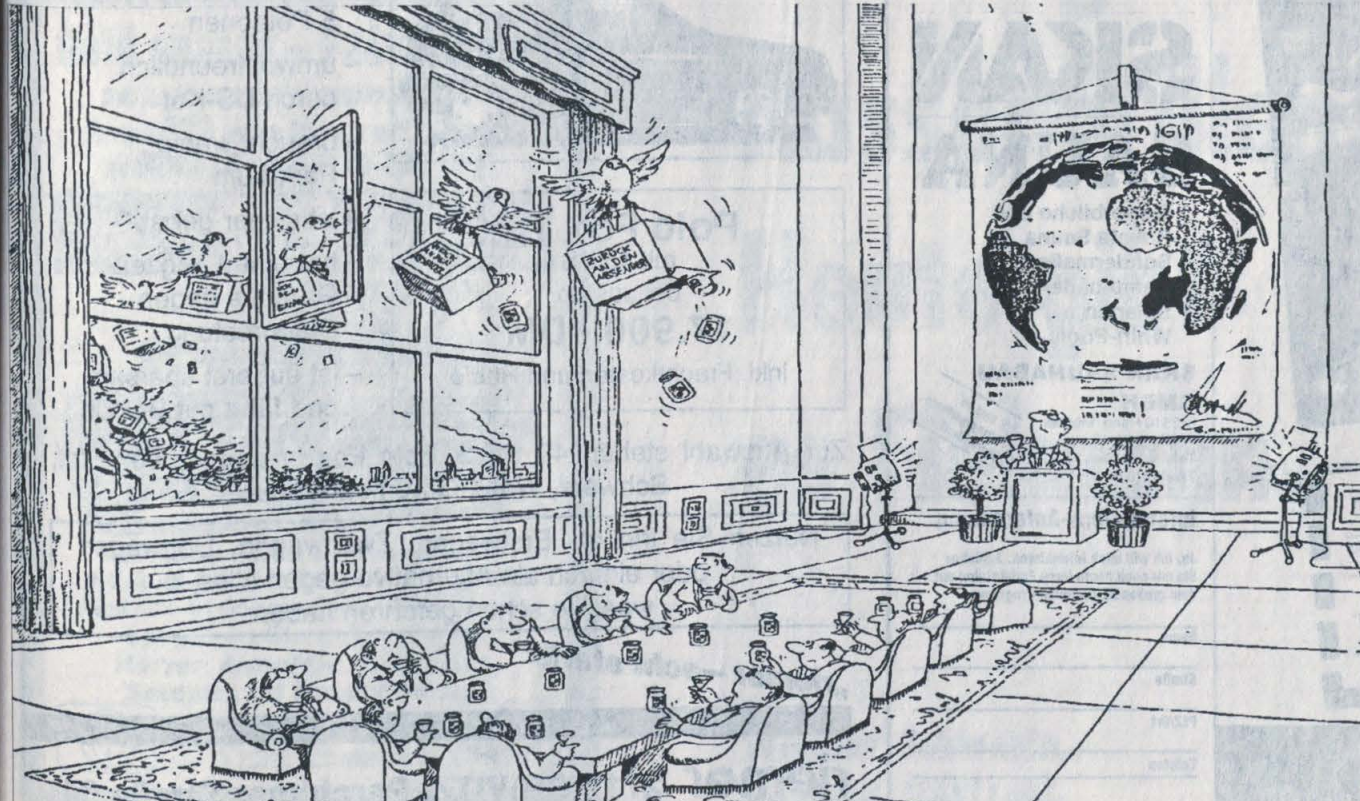
Wer sich statt dessen, wie viele Sozialdemokraten und Grüne, mit den verunsicherten Volksmassen, die zurecht mit ihren politischen Führungen unzufrieden sind, gemein macht, sich selbst als angeblicher Antbürokrat stilisiert und Europa-Politik auf das Schüren von Angst vor Europa reduziert, der landet an der Seite der neuen nationalistischen, Status-Quo-fixierten Rechten von Le Pen bis Schönhuber. Gauweilers Gerede von Esperanto-Geld ist so populistisch, wie die fortwährende modische Kritik an der mangelnden demokratischen Legitimation Europas. Der Einigungsprozeß ohne europäische Revolution mit der Schöpfung eines europäischen Souveräns und Staatssubjektes kann nur ein exekutiver, durch die nationalen Parlamente legitimer Prozeß von oben sein.

Anders wäre die EG niemals so weit gekommen, wie sie heute ist. Daß am Ende dieses Prozesses eine neue Gewaltenteilung, eine neue Souveränität als europäische Nation entstehen ... Vereinbarung, kann doch zum weltweit beispielhaften Muster für die friedliche Überwindung nationalistischer Borniertheit werden. Der Bundesstaat Europa wäre der Beleg für die Realisierbarkeit der einen Welt weltbürgerlicher Freiheiten für alle Menschen auf der Erde. Wie diese europäische Nation verfaßt sein wird, das ist heute noch ganz unklar. Hier müssen die Politiker vermutlich viel Neues im Interesse eines europäischen Gemeinwohls erfinden. Genau das, und nicht nur die Verwaltung der Verhältnisse ist die Aufgabe der Politik. Große Zeiten also für große Würfe sind angebrochen.

Wenn Dänen und Briten daran nicht teilhaben wollen, sollen sie draußen bleiben. Sie werden von selbst zurückkommen. Ihre Chancen die eigenen Interessen zu sichern sind in der EG und der Union größer als bei jedem Alleingang. Deshalb macht es Sinn, wenn jede Nachverhandlung zu Maastricht unterbleibt, allenfalls Zusatzvereinbarungen aufgenommen werden, die das Ausscheren Dänemarks regeln und die europäische Union mit Binnenmarkt, Europa-Währung und europäischen Bundesstaat noch schneller mit denen zu Ende geführt wird, die dazu bereit sind.

Nur das erfolgreiche Beispiel sichert die EG vor ihrem Zerfall, der natürlich nicht auszuschließen ist, oder vor ihrer Reduktion auf eine Freihandelszone. Linke, Grüne und Sozialdemokraten jedenfalls, die sich diesem Staatsneubau, von dem noch niemand genau weiß, wie das Haus am Ende genau aussehen wird, in nationalpopulistischem „Bei-den-Massen-sein-wollen“ verweigern, setzen nur ihren machtpolitisch motivierten Gesinnungs-Internationalismus fort. Die Gelegenheit, mit der Vereinigung Europas sich als Linke und Grüne kosmopolitischem freiheitlichem Denken zu öffnen, verspielen sie noch einmal. Sie liefern, möglicherweise ohne es zu übersehen, die Impulse für eine Renationalisierung deutscher Politik, die im Augenblick jedenfalls die regierenden liberalen Konservativen in der CDU nicht wollen. Das kann sich aber schnell ändern.

Meir Mandelboom



Bildung/Soziales

Mit Mogeleyen zum frühen Start ins Ferienglück

Schulleiter wiegeln ab, doch Schulaufseher schlagen Alarm: Alle Jahre wieder kurz vor den großen Ferien grassiert in Deutschland ein heim-

tückisches Virus. Immer mehr Eltern verlegen per Notlügen den Urlaubsbeginn um einige Tage vor. Nur Eltern?

Zur „Kriesensitzung“ bat im vergangenen Jahr wenige Tage vor Beginn der großen Ferien der Leiter einer Krefelder Gesamtschule die „lieben Kolleginnen und Kollegen“.

Es sollten „Maßnahmen beraten“ werden, mit denen dem Trend zur eigenmächtigen Vorverlegung des Ferienanfangs unter den Schülern zu begegnen sei. Dem Pädagogen war aufgefallen, daß sich rätselhafte Erkrankungen, Umzüge und Trauerfälle geradezu epidemisch in den letzten acht Tagen des Schuljahres knubbelten. Das war allerdings schon vorher dem obersten Schulaufseher, dem Kölner Regierungspräsidenten, aufgefallen, der im Radio und übers Fernsehen über das Schülervolkchen „ohne jedes Unrechtsbewußtsein“ gewettert und ein „Ende des Holiday-Unterrichts“ angedroht hatte. Die Konferenz in Krefeld zumindest wurde abgesagt: Von den anderthalb Dutzend Lehrerinnen und Lehrern ließen sich acht „krankheitshalber“ entschuldigen.

„Hiermit bitte ich um Befreiung meines Sohnes Dirk vom Unterricht, weil er die Masern bekommen hat.“ Ein paar Tage vor Ferienbeginn schlägt der Infekt zu, und tückisch, wie Viren so sind - er ergreift, so auch im Fall Dirk, immer auch gleich die Geschwister. Dafür brachte er wenigstens richtig Geld ein, konnte doch die sieche Familie den Start in den Urlaub um eine halbe Woche vorverlegen und damit rund 600 Mark für den vorsaisonalen Trip sparen.

Den Verstoß gegen das Gesetz über die Schulpflicht dürften Dirks Eltern ohne sonderliche Skrupel in Kauf genommen haben. Natürlich war die Entschuldigung getürkt, die clevere Familie wohl auf, vom regierungspräsidialen Groll könnte sie allenfalls über die Deutsche Welle erfahren haben.

Insbesondere in Großstädten, just wenige Tage vor Ende des Schuljahres grassiert auch schon mal statt der Masern das „Hausaltersauflösungs“-Virus oder die Trauer über liebe Dahingeshiedene.

Eines aber haben Masern, Wandertrieb und Pietät gemeinsam: Sie existieren nur in der Phantasie derer, die Entschuldigungen schreiben, und gehören zu einem bunten Strauß „geradezu unanständiger Mogeleyen“, wie der Kölner Regierungspräsident klagt.

Seit einerseits zur Entzerrung der Verkehrsströme die Sommerferientermine in den einzelnen Bundesländern auseinandergezogen wurden und andererseits Reiseveranstalter nach marktwirtschaftlichen Regeln gerade dann besonders kräftig bei den Preisen zulegen, wenn die Nachfrage am größten ist, suchen immer mehr Eltern nach Schleichpfaden in die kostengünstigere Vorsaison.

So meldet manche Schule schon eine Woche vor den Ferien idyllische Ruhe aus den Klassenzimmern. Hunderttausende von Eltern verschaffen sich mit einer „Notlüge“ einen Wettbewerbsvorteil im Kampf um den preisgünstigsten

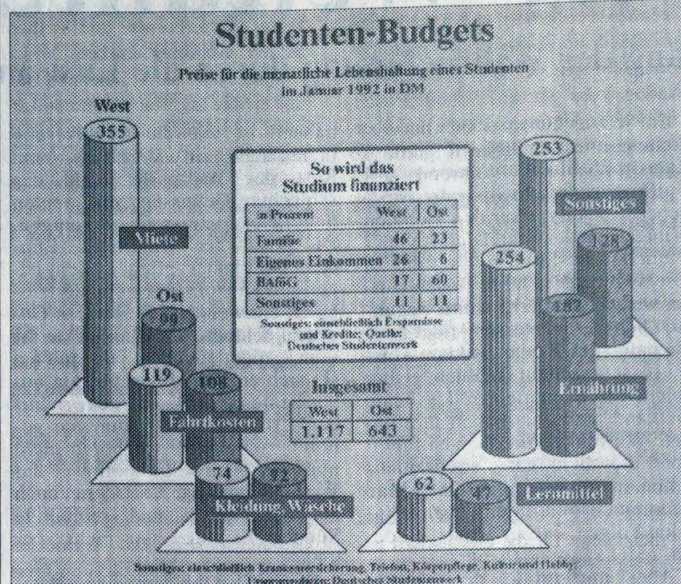
Urlaubsstrip.

Kein Kraut ist gegen die Massenmogeleyen gewachsen, wenn auch an den meisten befragten Schulen eher zurückhaltend von „Ausnahmefällen“ gesprochen wird - zumindest bis in die letzten paar Tage hinein. Dann freilich wirds stündlich leerer, wie Journalisten im vergangenen Jahr beim Lokal-Augenschein registrieren konnten. Dort erfuhren sie auch, von Lehrern und Schülern gleichermaßen, daß die letzten Tage des Schuljahres „eh nur Leerlauf seien“. Es melden sich aber auch indignierte Eltern zu Wort. Eine Mutter wehrte sich gegen die „einseitige Schuldzuweisung“: „Mein Sohn hat in den letzten zwei Wochen vor den Ferien nur noch Stop-and-go-Unterricht - acht bis neun Mathe, Freistunde, zehn bis elf Bio, Freistunde, zwölf bis eins Soziallehre. Die gab's vom Hausmeister, weil der zuständige Lehrer ebenso wie der Französisch-, der Deutsch- und der Physiklehrer längst über alle Berge war.“

Kritik gab's auch von einer Fachfrau: Die 46jährige Düsseldorf-Studienrätin (!) Hannelore M., plauderte - drei Tage vor Ferienbeginn - aus dem pädagogischen Nähkästchen: Auch an ihrer Schule würden sich die Dienstfreistellungen in den letzten Tagen vor den Ferien auf das Sechs- bis Achtfache erhöhen. Sie muß es wissen - ihre Reklamation kam aus der Karibik.

Carlheinz Willmann (sr)

Studenten-Finanzen



Die monatliche Lebenshaltung eines Studenten in Ostdeutschland kostet derzeit rund 643 DM. Das sind 112 DM oder 21 Prozent mehr als zum Jahresende 1990. Zum Vergleich: Der Kommilitone West gibt etwa 1.117 DM monatlich aus. Seit Jahresmitte 1990 hat sich damit das westdeutsche Studententum um durchschnittlich 105 DM oder 10 Prozent verteuert. Hoch schlagen vor allem die West-Mieten zu Buche - mit rund einem Drittel des Studentenbudgets.

Nur jeder achte Studierende im Westen lebt in einem preiswerten Wohnheim - meist in Trägerschaft des Studentenwerks. In Ostdeutschland sind zwei von drei Studierenden in einem Wohnheim untergebracht, - fast ausnahmslos in einem Mehrbettzimmer. Wichtigste finanzielle Stütze der Kommilitonen Ost ist das BAFOG. Rund 60 Prozent des Mindestbedarfs werden mit Hilfe des Staates finanziert. In den alten Bundesländern stehen die Finanzspritzen aus dem Elternhaus oben an.

Wohlfahrtsverbände zu Sparüberlegungen im Sozialbereich: Einsparungen gefährden sozialen Frieden

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege kritisieren die gegenwärtige Diskussion über mögliche Einsparungen im sozialen Bereich scharf. „Die Wohlfahrtsverbände sehen zwar die Notwendigkeit, vorrangig die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zu fördern. Diese Bemühungen dürfen jedoch nicht um den Preis sozialer Ungleichheit und sozialen Unfriedens in Deutschland erkauft werden“, erklärte Dr. Manfred Ragati, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, anlässlich einer Tagung seiner Mitglieds-Verbände.

Weiter sagte Ragati: „Besonders beunruhigend sind in diesem Zusammenhang Überlegungen zur

Einschränkung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Kürzungen in diesem Bereich nehmen nicht nur vielen Langzeitarbeitslosen die Hoffnung auf Integration in den Arbeitsmarkt; sie treffen gleichzeitig zahlreiche soziale Dienste und Einrichtungen in den neuen Bundesländern in der überaus sensiblen Phase ihrer Gründung“.

Damit würden die Fortschritte beim Aufbau einer sozialen Infrastruktur, die öffentliche und freie Träger erzielt hätten, zugunsten geringer kurzfristiger Spareffekte gefährdet; der Aufbau der Freien Wohlfahrtspflege, wie im Einigungsvertrag postuliert, erhalte einen herben Rückschlag. Als skandalös bezeichnen es die

Wohlfahrtsverbände, daß die baldige Einführung einer Pflegeversicherung, wie sie von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen gefordert werde, noch immer gefährdet zu sein scheint. „Die infolge von Pflegebedürftigkeit auftretenden Versorgungslücken durch Kürzung oder Streichung anderer Sozialleistungen zu finanzieren hieße das eine Übel durch ein anderes ersetzen“, meinte Ragati.

Unter Verweis auf die Probleme kinderreicher Familien und Alleinerziehender sowie die traurigen Lebensbedingungen vieler alter, behinderter und kranker Menschen fordern die Wohlfahrtsverbände mit Nachdruck, Kürzungen im Sozialbereich im Interesse Aller zu unterlassen.

Fachkräfte für die Dritte Welt

Helfen können mit dem eigenen Beruf

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) vermittelt berufserfahrene, persönlich geeignete und sozial engagierte Fachkräfte als Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen in Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Ziel ist es, die Menschen bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu unterstützen. Dies geschieht durch praktische Zusammenarbeit in Programmen mit einheimischen Partnern, z. B.

- bei der beruflichen Bildung einheimischer Lehrlinge in Facharbeiterausbildungsstätten und bei der Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen im Bau- und Siedlungswesen,
- in der Land- und Forstwirtschaft bei der sinnvollen Nutzung vorhandener Ressourcen und der Beratung von kleinbäuerlichen Betrieben,
- bei der Förderung des Kleingewerbes durch Beratung von Handwerksbetrieben,
- in kleinen Krankenhäusern und Gesundheitsstationen in der medizinischen Versorgung der ländlichen Bevölkerung einschließlich Vorsorgeprogrammen,
- an Schulen im naturwissenschaftlichen, polytechnischen und kaufmännischen Unterricht.

Die Aufgabenstellung verlangt eine abgeschlossene Ausbildung, mehrjährige Praxis und Erfahrung im gesuchten Beruf, sowie die Fähigkeit zu partnerschaftlichem Engagement in einer anderen Kultur.

Die Mitarbeit ist zeitlich begrenzt und beginnt nach einer in der Regel 5monatigen Vorbereitung mit einer Vertragszeit von 2 Jahren.

Die Leistungen des DED sind auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmt. Dazu gehört auch eine finanzielle Starthilfe bei der Rückkehr nach Deutschland.

Bei konkretem Interesse nutzen Sie bitte den Info-Coupon.

ded
Deutscher Entwicklungsdienst
Kladower Damm 299, 1000 Berlin 22
Tel. 0 30/3 65 09-1 52
Büro Bonn, Tel. 02 28/4 00 14 03

Der DED zu Gast in Rostock: 17.-30. Juni 1992, Foyer der Universität.
Mo-Fr 9 bis 18 Uhr, Sa bis 12 Uhr.
Informationsabende Do, 18. Juni und Do, 25. Juni, 18 Uhr, Aula der Universität.



Ich interessiere mich für eine Tätigkeit als Entwicklungshelfer / Entwicklungshelferin

962

Beruf: _____ Jahre Berufserfahrung: _____

Vor- und Zuname: _____ Familienstand: _____

Straße: _____

PLZ und Wohnort: _____

Telefon: _____

R. B. M. — Ihr Partner für ...



Lieferung von Recyclingmaterial
Annahme von

Wer neu bauen will, muß Altes überwinden!

— umweltgerechten Transport — Entsorgung — Bauschutt- und Betonbruchannahme — Containerdienst — Schüttguttransporte aller Art.

- Betonbruchschotter
 - Güteüberwachte MV-Schlacke
 - Kabelverlegesand
 - Mutterboden
 - Beton- und Straßenaufbruch
 - nicht verunreinigten Bauschutt
 - unbelasteten Boden.
- Haben Sie Entsorgungsprobleme? Rufen Sie uns an!

O-2711 Holthusen/Schwerin, Mittelweg 3
Telefon 293/295, Telefax 294

Biete
3-Zimmer-Wohnung Schwerin, Stadtmitte
Suche
3-Zimmer-Wohnung Schwerin, Gr. Dreesch
Angebote unter Chiffre 1/6/92 an den Verlag

SKAN SAUNA

Gewerbliche und Private Sauna
Sondermaße
Dampfbäder
Solarien
Whirl-Pools

SKAN SAUNABAU GMBH
D-3510 Hann. Münden
Postfach 15 15
Telefon (0 55 41) 7 23 43
Telefax (0 55 41) 7 23 70

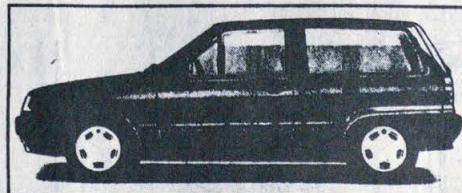
Informations-Anforderung

Ja, ich will mich informieren. Schicken Sie mir noch heute Ihren Farbkatalog mit dem großen SKAN-Sauna-Programm.

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

riemer Crivitz

Alle reden vom City-Car (Stadtwagen) — den gibt es bei uns schon lange.



Polo Fox 1,1 mit 45 PS bei uns ab 17.900,- DM

inkl. Frachtkosten und Radio

- Platz bis zu 5 Personen
- umweltfreundlich durch US-Kat
- braucht wenig Parkraum
- ist sicher gebaut
- hat eine Langzeit-Garantie gegen Durchrostung
- ist äußerst sparsam und fährt mit Benzin

Zur Auswahl stehen 40 Stück Polo Fox in den Farben Rot, Schwarz, Weiß, Graumetallic usw.

Nutzen Sie ihn als Erstwagen, Zweitwagen, Drittwagen oder einfach als Alternative gegen alles, was Sie schon gefahren haben.

„riemer — echt stark!“

riemer 2712 CRIVITZ, Parchimer Straße 64

Wirtschaft

Autobahn Schwerin-Wismar:

Streckenführung westlich Schwerins?

Die geplante Trassenführung der Autobahn Schwerin - Wismar östlich des Schweriner Sees würde nach Auffassung von Naturschützern die Zerschneidung und Zerstörung eines hochattraktiven Urlaubs- und Erholungsgebietes mit sich bringen. Bernhard Hüber (Schwerin) hat jetzt eine alternative Streckenführung westlich der Landeshauptstadt angeregt, die vom Norddeutschen Wanderbund für Mecklenburg-Vorpommern, dem Fremdenverkehrsverein Schweriner Seenlandschaft und der Initiativegruppe gegen den Autobahnbau unterstützt wird (siehe Karte).

Die Initiatoren gehen davon aus, daß sich das Autobahn-Projekt als Ganzes nicht mehr verhindern läßt. Also versuchen sie, mit einem verkehrspolitisch und wirtschaftspolitisch interessanten Alternativ-Vorschlag wenigstens die ökologisch problematische Ost-Variante aufzuhalten.

Sie verknüpfen ihren Vorschlag mit grundsätzlichen Gedanken zur Entwicklung eines landschaftstypischen Tourismus im Raum östlich des Schweriner Sees.

Hüber sieht in der „West-Variante“ nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Erhalts von Natur- und Landschaftsschutzgebieten eine überzeugende Alternative zur offiziellen Planung: Nahezu sämtliche Gewerbegebiete des Raums Schwerin - Schwerin-Süd, Sacktannen, Görries, Warnitz, Gadebusch, Groß Stieten - würden mit

der westlichen Streckenführung angebunden, - die Autobahn wäre zugleich Umgehungsstraße.

Über die Entlastung des innerstädtischen Straßennetzes nicht nur vom Schwerlast-, sondern auch von großen Teilen des PKW-Verkehrs hinaus würde auch der Paulsdamm geschont; und schließlich wären wichtige Bundesstraßen - wie die nach Wittenburg/Hagenow, nach Gadebusch und nach Grevesmühlen - angebunden - mit dem Effekt der Entlastung von Chausseen und Ortsdurchfahrten. Einziger Nachteil der West-Trasse aus Sicht ihrer Verfechter: Der

Verlauf durch im Vergleich mit der Ost-Variante weit stärker besiedeltes und erschlossenes Gebiet würde den Bau von weit mehr Über- und Unterführungen sowie Maßnahmen zum Lärmschutz erfordern - mit dem Ergebnis einer Kostensteigerung.

Dem gegenüber sieht Hüber die Nachteile einer östlichen Trassenführung bei weitem den einsamen Vorteil überwiegen, basierend auf einer abgeschlossenen Planung die bereits bis Raben Steinfeld vier-spurig ausgebauten Autobahn in gerader Linie fortzusetzen: Neben der Beeinträchtigung der Natur-

und Landschaftsschutzgebiete erwarten die Trassen-Gegner insgesamt eine „weitgehende Veränderung des typischen Landschaftsbildes zwischen Raben Steinfeld und Leezen sowie zwischen Neu Schlaggsdorf und Kleekamp“; eine Entlastung Schwerins vom Verkehr von und zu den Gewerbegebieten im Süden und Westen kann die Ost-Variante aufgrund ihrer Lage ohnehin kaum bringen, - von Nordwesten kommende LKW's würden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch weiterhin durch die innerstädtischen Straßen wälzen.

Zur Erinnerung: Zu DDR-Zeiten war der Verzicht auf eine schon projektierte westliche Streckenführung durch den Einspruch der NVA erzwungen worden.

Bernhard Hüber warnt vor falschen verkehrspolitischen Weichenstellungen, deren Negativwirkungen weit über den Bereich des Verkehrs hinausreichen, zumal sie mit bereits heute absehbaren Fehlentwicklungen des Tourismus einhergehen: Nur das, was die Landschaft an Reizen zu bieten hat, könne Grundlage erfolgreicher touristischer Erschließung sein.

Die weithin unberührte Natur östlich des Schweriner Sees mit Flüssen, Seen und Wäldern, aber nahezu gänzlich ohne sensationelle Attraktionen müsse erhalten werden, wenn man nicht die Anziehungskraft des gesamten Raumes auf's Spiel setzen wolle.



Alternativer Trassenvorschlag für die Autobahn Schwerin-Wismar

Wirtschaft des Landes will 500 Lehrer aufnehmen

In einer Gemeinschaftsaktion haben die Vereinigungen der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ein Projekt zur Eingliederung von bis zu 500 arbeitslosen Lehrern in Wirtschaftsbetriebe entwickelt.

„Die Wirtschaft möchte aus sozialer Verantwortung ihren besonderen Beitrag leisten, um den aus dem Schuldienst ausscheidenden Lehrkräften eine neue und interessante berufliche Perspektive zu ermöglichen“ erklärte der Geschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern, Volker Steffens, anlässlich der Vorstellung des Programms vor der Landespressekonferenz am 18. Mai 1992.

Die Reduzierung der Planstellen sei wohl notwendig. Deshalb wollen die Unternehmensverbände aus ihrer sozialpolitischen Verpflichtung heraus einen eigenständigen und gewichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit im Land Mecklenburg-Vorpommern leisten.

Es gilt, den Pädagogen neue Beschäftigungsmöglichkeiten in Klein-, Mittel- und Großbetrieben zu erschließen.

Das insgesamt maximal zwei Jahre dauernde Drei-Stufen-Konzept ermöglicht den Teilnehmern auch einen zwischenzeitlichen Übergang in die Berufstätigkeit.

Als Zielqualifikation ist der staatlich geprüfte Betriebswirt vorgesehen.

Die Zwischenqualifikation „Fachwirt“ öffnet den Teilnehmern durch die zahlreichen individuellen Vertiefungsrichtungen u. a. Einsatzmöglichkeiten im Rechnungswesen,

Marketing, Vertrieb, Außenhandel und Personalwesen.

Diese freiwillige Aktion der Wirtschaft wird sowohl von Ministerpräsident Dr. Berndt Seite, dem das Projekt in einem persönlichen Gespräch vorgestellt wurde, als auch vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes Nord und von allen vier Arbeitsamtsdirektoren begrüßt.

„Das Besondere des Konzeptes ist, durch den engen Kontakt zu ca. 45 Unternehmensverbänden mit ihren Mitgliedsbetrieben ein duales Lernen zu ermöglichen“ erläutert der Geschäftsführer des Bildungswerkes der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Wilken.

Die Teilnehmer werden dreimal für jeweils drei Monate praktische Erfahrungen in Unternehmen sammeln können. Träger der in Rostock, Stralsund, Schwerin und Neubrandenburg geplanten Umschulung ist neben dem Bildungswerk der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern auch das Bildungszentrum Tannenfelde in Schleswig-Holstein.

Das Fortbildungsinstitut der Unternehmensverbände dieses Bundeslandes hat bereits in Mecklenburg-Vorpommern 260 Teilnehmer im Postgradualen Studiengang „Unternehmensführung und Management“ erfolgreich für die Wirtschaft qualifiziert. Verantwortlich sind die verbandseigenen Bildungswerke, die das Projekt gemeinsam durchführen: Das Bildungszentrum Tannenfelde (Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft e. V.) und das Bildungswerk der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Weiterbildungszentrum Hasenwinkel).

Unternehmerverband auf Zukunft eingestellt

Mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992 werden sich für alle Unternehmer neue Aufgaben stellen; sowohl in der Produktion als auch im Absatz und dem darin enthaltenen Wettbewerb. Allgemein gibt es die große Chance, sich besser etablieren zu können.

Der Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V. als Interessenvertreter des Mittelstandes, stellt sich dieser Situation mit dem Ziel, alle Mitglieder in diesen Prozeß einzubinden. Der UV bildet derzeit einen Arbeitskreis für Außenwirtschaft und internationale Kooperation. Wesentlichstes Anliegen ist es, als Multiplikator von Informationen und Kontakten zu wirken, wirtschaftliche Verbindungen zu vermitteln, Informationen zu sammeln, aufzuarbeiten und allen Unternehmern zugänglich zu machen.

Zugute kommt bereits heute, daß sich der Verband langfristig seit Jahresanfang theoretisch und praktisch auf die Bildung dieses Arbeitskreises vorbereitet hat und in der Lage ist, den EG-Binnenmarkt mitzugestalten. Stellvertretend dafür steht, daß seit kurzem sechs Mitgliedsfirmen des UV in Brüssel im Auftragswesen computermäßig erfaßt sind und die Chance erhalten, sich EG-weit an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Gleiche positive Tendenz zeichnet sich in Bezug auf Wirtschaftskontakte in Richtung Osteuropa ab.

Der UV bietet u.a. Informationen über aktuelle EG-Förderprogramme bzw. Vermittlung von Kontakten und Adressen der Außenhandelskammer, sowie Infos über Auslandsmessen an. Geschäftsstelle: Schwerin, Schlachterstr. 17, Tel. 812032

Kompetenzen für Kommunen Aufschwungbremsen werden gelockert

Großprojekte sollen künftig in den neuen Ländern eindeutigen Vorrang erhalten. Darüber hinaus sollen aber auch die Kommunen mehr Kompetenzen bekommen, den eher zögerlichen Aufschwung in ihren Zuständigkeitsbereichen voranzutreiben. Jedenfalls sieht das zweite Vermögensrechtsänderungsgesetz vor, daß solche Grundstücke und Häuser dann nicht zwingend an Alteigentümer zurückgegeben werden müssen, wenn sie Bestandteil eines ordentlich beschlossenen „Vorhaben- und Entschließungsplanes“ sind und Bestandteil eines Investitionsprojektes von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung werden.

Das formell noch geltende Prinzip, berechtigt nachgewiesene Eigentumsansprüche in den neuen Ländern durch Rückgabe zu be-

friedigen, sie jedoch nicht zu entschädigen, hat sich nach Einschätzung von Fachleuten als „entscheidendes Hindernis beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der neuen Bundesländer“ erwiesen. Deshalb sollen nun private Investoren größere Chancen erhalten und nicht länger grundsätzlich durch alte Ansprüche blockiert werden können.

Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes können Alteigentümer in solchen Fällen, in denen ihre Immobilien von den zuständigen Kommunen für wachstums- und beschäftigungswirksame Investitionsvorhaben auf der Grundlage eines ordentlichen „Vorhabens- und Entschließungsplanes“ beansprucht wird, Entschädigungen erhalten. Anhörungen für die Aufstellung von Bebauungsplänen können nach dem zweiten Vermö-

gensrechtsänderungsgesetz über „öffentliches Auslegen der Pläne erfolgen“, hieß es dazu in Bonn, wo man überzeugt ist, daß „komplizierte und zeitraubende Nachforschungen beim Vermögensamt und Bekanntmachungen des Vorhabens“ nicht erforderlich sind.

Die Mehrheit der Bundesländer hat mit Erfolg darauf gedrungen, weitere Erleichterungen für den Aufschwung Ost in das Gesetz aufzunehmen. Beispielsweise können Entscheidungen über Grundstücke, die für Gesamtvorhaben benötigt werden, und für die private Investoren vorhanden sind, abschnittsweise getroffen werden. Das mache Einzelentscheidungen des Stadtrates überflüssig. Grundsätzlich sollen die nötigen Entscheidungen „durch Satzung“ ergehen, weil in einem solchen

Fall „Gesamtabwägungen“ vorgenommen werden, die komplizierte Begründungen für Einzelentscheidungen überflüssig machen.

Die Autoren der Novelle wollen, wie sie im Bundesrat ausdrücklich zu Protokoll gaben, erreichen, daß „Investoren sicher sein können, sich mit vorgebrachten Einwänden gegen das Vorhaben zur Wahrung von Eigentümeransprüchen nur ein einziges Mal befassen müssen“. Allerdings ist auch Vorsorge getroffen, daß die Kommunen in den neuen Ländern keine eigene Grundstücks-Vorratspolitik betreiben können. Bedingung für den Ausschluß jeglicher Rückübertragung an Alteigentümer soll sein, daß für das in Frage kommende Projekt eine verbindliche Investitionszusage vorliegt, deren Bonität nachgewiesen sein soll.

Dieter Schneider, dpd

Gebr. Ahnefeld

Geld sparen - Polo fahren!

Auf jeden neuen Polo nehmen wir jetzt Ihren alten (auch Trabant und Wartburg) zu Höchstpreisen in Zahlung!

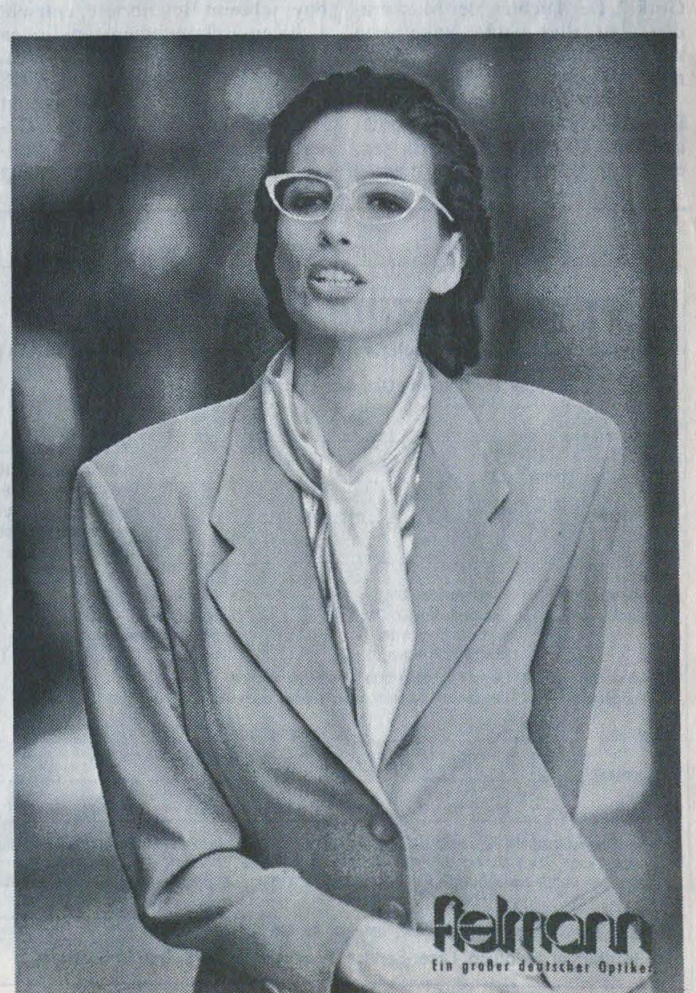
Finanzierung mit **6,9%** effekt. Jahreszins

Außerdem halten wir das gesamte VW-Audi-Programm sowie eine große Auswahl an Gebrauchten für Sie bereit. Sprechen Sie mit unseren Herren Ahnefeld, Kemmler, Seidelt und Kaschmieder.

Hagenower Chaussee 1 B 0-2782 Schwerin

Früher gab es Kassenbrillen. Heute gibt es Fielmann.

Wismar, Schwerin, Rostock, Güstrow.



Fielmann Ein großer deutscher Optiker

Kultur

Mehr Licht! ins Dunkel der deutschen Geschichte

In Weimar

Ein Erinnerungsgang von Jochen Missfeldt (Teil 1)

„Da wächst Industriöses auf dem Bodensee von Idee und Fleiß in Hoffnung auf glückliches Gelingen und zur Ordnung des Menschen.“ Das kann nur Goethe. So steht es auf einem der kleinen Zettel, die im Goethe-Haus, Weimar/Thüringen, für uns Besucher unter Glas ausliegen. Kein Datum dabei. Auch kein mit Schreibmaschine hingetippter Fingerzeig daneben, der Aufschluß geben könnte. Auch wissen wir nicht, ob die genau zwanzig Worte dem Großherzog, der Frau von Stein, Eckermann, Knebel oder sonst wem zugemünt sind. Nicht nur hier liegt Dunkel über der Forschung und Geschichte. Weiteres Dunkel weht uns entgegen. Gewiß kann man im Lichte der Goethe-Forschung eine Menge sehen. Aber selbst in diesem Licht sehen wir immer wieder alles anders: denn das Licht ist nicht immer dasselbe. Mal ist es helle Sonne, mal blasser Mond, mal Glühbirne, mal Funzel. Wie oft haben wir schon ungeduldig um mehr Licht gebeten. Manchmal sogar das Verlangen gehabt, „mehr Licht“ herauszuschreien. Und stets haben uns die Tatsachen eines Besseren belehrt: Genügend Licht ist immer gewesen, egal wie hell oder dunkel es war. Seien wir mal ehrlich: Es kommt uns nur immer

wieder darauf an, Goethes letzte Worte nachzubeten, ob nötig oder nicht.

Inzwischen haben wir aber beim Rundgang durch das Haus am Frauenplan einiges dazugelernt. Was Goethes letzte Worte betrifft, so sind wir auf Vermutungen angewiesen. Wir wissen zwar, was er am Sterbetag gesagt hat; aber was er zuallerletz gesagt hat, das wissen wir nicht.

Am 22. März 1832, Goethe starb am späten Vormittag, begrüßte er noch ausdrücklich den Frühling und hoffte mit dem Frühling auf Besserung. Er forderte Schwiegertochter Ottilie auf, „Gib mir dein Pfötchen“ - oder so ähnlich. Er bat auch um mehr Licht, und die eifrig bemühte Goethesche Hausmannschaft ließ die Rollos nebenan im Arbeitszimmer, vielleicht auch die im Schlafzimmer hoch. Goethe steckte sich noch mit der Gabel ein paar Stückchen kaltes Geflügelfleisch in den Mund. Er trank ein wenig Wein und sagte noch etwas dazu. Goethe verlangt nach einer Mappe, in der er Zeichnungen aufbewahrt. Man gab ihm Buch statt Mappe, weil man glaubte, er habe Buch statt Mappe gemeint. Goethe sah noch etwas, was die anderen nicht sahen. Er malte mit der Hand Zeichen in die Luft. Es sah nach

einem „W“ aus, vielleicht der Anfang von Wolfgang und Weimar, vielleicht ein schön verschlungen geschriebener Hinweis auf Geburt und Tod. Spekulationen, Spielereien. Am Sterbetag ging es Goethe gut. Besser als die Tage davor. Alle Angst, alle Beklemmung, alle Schmerzen in der Brust, alles von lautem Wehklagen unterbrochene Sprechen mit sich selbst, all diese Empfindungen und Äußerungen der letzten Tage waren vorbei. Das Meer nach dem Sturm. Frohe und dankbare Gefühle nach dem Sturm.

Goethe im Lehnstuhl im Schlafzimmer. Grüner Leseschirm über den Augen, Decke über den Knien, Füße in Filzpantoffeln auf der Fußbank. Die Kammerfrau Ottilie von Goethe zu seiner Linken auf seinem Bett. Sie könnte den Klingelzug an der Wand ziehen. Vielleicht war sie es, die den grünen Leseschirm von einem Haken oder Nagel über dem Kopfende des Bettes genommen und ihm aufgesetzt hat. Jemand im Hause sieht die Finger des großen Mannes blau gefärbt. Jemand nimmt den Leseschirm von seiner Stirn, wahrscheinlich Ottilie. Seine sonst leuchtenden Augen sind schon gebrochen. Noch atmet er. Ein letztes Mal legt er sich in die linke Seite

seines Lehnstuhls, vielleicht sinkt er schon dahin; dahin, wo Ottilie sitzt.

An der Dienerzimmertür, die zum Schlafzimmer öffnet, treten wir noch einmal auf der Stelle. Unser letzter Blick gilt nicht dem Toten, sondern dem Schlafzimmerfenster, wo man zum Goethe-Garten hinausschaut. Das Licht des heutigen Tages strömt aus dem Himmel über den Garten herein. Es ist ein Maitag des Jahres 1991. Wir verlassen das Dienstzimmer über knarrende Bodenbretter und gehen zwei Treppen runter zum Hof und weiter hinaus.

Hier draußen kommen uns wieder die zwanzig Worte aus der Vitrine in den Sinn; denn in Weimar, jedenfalls hier in der Gegend um den Frauenplan, sieht es nach Ideen und Fleiß, Hoffnung und Gelingen aus. Ob hinter dem, was zu sehen ist, auch das steckt, was wir vermuten, wissen wir nicht. Doch egal, man höre und staune: Klavierspiel, Flötentöne, menschlicher Gesang aus den offenen Fenstern der Hochschule für Musik. Uralt, ewig neu.

(Erstveröffentlicht in „Der Alltag“ 3-4/1991)

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Werner Söllner

Der Schlaf des Trommlers

Nacht, gelb
von Gewittern, im kühlen Grund
wo der Holunder sich hält
schlafen die Schläfer
sich aus der Welt

Aber der Hüter geht
unruhig, im flackernden Traum
geht er schwer, er rührt
die Trommeln aus Stein
und ruft mit der Schierlingsposaune
das verstreute Gebein

Sie stehn auf
und kauen den Mohn, sie reden
mit dem unruhigen Vieh, sie fragen
die Mäuse nach Brot
und ziehen eiserne Nägel
sich aus dem Tod

Grund, kühl
von Vergessen, da war ich
mit Pechmarie, hatte Liebstöckel
im Mund, im hölzernen Kleid
steht der Trommler
in zerrissener Zeit

Der Trommler schläft und schläft nie, niemals. Seine zerrissene Zeit ist aus der Zeit herausgerissene Menschenzeit. Die Melodie sphärischer Steintrommeln und vergiftete Posaunenklänge des ewigen jüngsten Gerichtes halten den Schlafenden wach und gegen seine Vergeblichkeit kaut er das Opium Leben, kann so den Schwachen, das Vieh beruhigen, steigt herab vom Kreuz, reißt sich die Eisennägel selbst aus dem Fleisch, kaut frech auf Liebstöckel herum und trommelt, hölzern zwar, mit Pechmarie an der Seite, aber er trommelt seine einfachen Reime „hält - Welt“ und „Stein - Gebein“ und „Brot - Tod“ und „Kleid - Zeit“ ...

Werner Söllner, geb. 1951 in Horia/Rumänien, lebt seit 1982 in Frankfurt am Main, schreibt Verse gegen seine verlorene Vergangenheit: „er schläft, als sei das Haus schon leer“; sucht schreibend nach den Wegscheidungen an denen sich seine Zeit einst teilte: „geh zurück und lies, wohin du gehst“; schreibt an gegen das Nichtverstehen: „Am Kanten Seele kauend/ mit dem Mund, bewundre ich/ die Welt durchs runde Schlüsselloch/ der Poesie ...“; wandert „mit blutender Klinge/ zwischen den Wörtern herum“.

Poesie ist für Söllner vor allem reflexives Instrumentarium. Der Gedanke überwältigt den Poeten. Nur dort wo Söllner darauf verzichtet, gewinnt sein Sprechen Gewicht gegen die modischen Zweifel an der Moderne: „Man muß zuhause sagen und überall sein.“

Söllners Antwort auf Huchels Caputher Hauweg (Siebenbürger Heuweg), der Bezug auf Proust (Swanns Reise) und sein gehobener lyrischer Ton stellen eine interessante Zwiesprache her.

Es bleibt dennoch erstaunlich, daß Söllners Lyrik, die sich vor allem anderen mit reflexiver Tiefe schmückt, so hohe Anerkennung findet, daß sie in der monatlichen Bestenliste des Südwestfunks im Juni ganz oben rangiert.

u.k.

Werner Söllner, Der Schlaf des Trommlers, Gedichte, Zürich 1992 im Amman-Verlag, Preis 28 Mark

Kalenderblatt

Um den einstmals lautesten Schriftsteller Münchens ist es still geworden. Bereits in den Nachkriegsjahren lehnt die Kritik in der BRD die Prosa Oskar Maria Graf als altmodisch ab. In der DDR, wo sich die Exilgefährten Brecht, Bloch, Seghers und Herzfelde niederlassen, erfahren seine Bücher zwar hohe Auflagen, doch er erhält das Etikett „kleinbürgerlich“. Erst in den siebziger Jahren tragen Film und Fernsehen zur neuerlichen Popularisierung seiner Werke bei. Fassbinder verfilmt den „Bolwieser“, das Fernsehen inszeniert „Der harte Handel“ und „Anton Sittinger“.

Seinen Durchbruch als Schriftsteller hatte Graf 1927 mit dem Roman „Wir sind Gefangene“ erzielt, obwohl er seine Berufung in der Lyrik sah. Seine Gedichte blieben jedoch weithin unbekannt. Sein erfolgreichstes Buch wurde vielmehr das „Bayrische Dekameron“. Lange Zeit galt deshalb der stiernackige lärmende Urbayer, dessen Markenzeichen die Krachledernen waren, in denen er zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auftrat, als „Porno-Graf“, allenfalls als „Voralpen-Gorki“. Der Dichter, der Maskeraden über alles liebte, kokettierte mit diesem Image und förderte es nach Kräften.

Graf, der sich als eingearbeiteter Dutzendschreiber bezeichnete, hat annähernd 40 Bücher hinterlassen, ein Drittel davon sind Werke auto-

biographischen Charakters. Als neuntes von elf Kindern eines Bäckers am 22. Juli 1894 in Berg am Starnberger See geboren, kannte er das Leben der kleinen Leute aus dem Effeff. Nie hat er seine soziale Herkunft verleugnet, eher mit ihr gewuchert. Er schreibt aus der „Perspektive von unten“. Seine Helden sind Bauern, Gelegenheitsarbeiter, Handwerker, allenfalls mittlere Beamte.

Das Dorf wird zum „verkleinerten Abbild der größeren Welt“. Viele gesellschaftliche Konflikte der Epoche gestaltet er überzeugend. „Literatur ist“, so Graf, „das Wissen um den Menschen und das Wissen um den Hintergrund der Welt zu vermehren“. So wird er stets - auch als Sympathisant der Linken - „Parteilichkeit“ im Sinne des sozialistischen Realismus als Wirklichkeitsfern ablehnen.

Als überaus wacher Zeitgenosse gerät der von zu Hause ausgerissene 17jährige in München in die anarchistischen Kreise um Mühsam und Landauer, lernt Rilke und Thomas Mann kennen und bewundern.

Der Mittellose betätigt sich als Lastträger, Plakatkleber und Liftboy, schreibt Bettelbriefe, entzieht sich dem Rekrutendienst im Ersten Weltkrieg durch Simulieren, kommt ins Irrenhaus, wird 1918 bei Streiks verhaftet, kommt mit Hilfe Rilkes frei, unterstützt Deserteure und legt sich als Krachmacher aus Leidenschaft mit dem

über Nietzsche schwadronierenden Hitler an.

Als die Nazis versuchen seine Werke der Blut- und Bodendichtung zuzuschlagen, protestiert Graf in einem öffentlichen Brief: „Verbrennt mich!“ 1934 wird er ausgebürgert. Die ersten Jahre des Exils, das ihn zunächst nach Brünn führt, sind angefüllt mit politischen Aktivitäten. Als Redaktions-



Oskar Maria Graf

mitglied der antifaschistischen „Neuen deutschen Blätter“ reist Graf 1934 zum I. Allunionskongress der Sowjetschriftsteller nach Moskau. In der „Reise nach Sowjetrußland 1934“, dieser Tage neu aufgelegt, hat er seine Eindrücke geschildert.

1938 verläßt er mit seiner zweiten Frau Europa. In New York hilft er als Präsident der „German American Writers Assoziation“ zahlreich in Europa verfolgten Schriftstellern. 1944 gründet er den Aurora Verlag mit, der antifaschistische deutsche Literatur herausbringt. Graf hält sich in den USA mit Vortragsreisen über Wasser, veröffentlicht in der Exilpresse, gibt im Selbstverlag seine Werke heraus, um sie bei Lesungen verkaufen zu können.

Intrigen innerhalb der antifaschistischen Szene und die aufkommende Hexenjagd gegen vermeintliche Linke nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA führen dazu, daß er sich verbittert aus der Literaturpolitik zurückzieht. Zunehmender Geschichtspessimismus läßt ihn am eigenen Werk wie an der Wirkung von Literatur überhaupt zweifeln. Die Krankheiten häufen sich nun.

Nach Deutschland, das er noch mehrmals besucht, kehrt er, enttäuscht vom Klima des kalten Krieges, nicht mehr zurück. Er arbeitet an der Fortsetzung seiner Erinnerungen „Gelächter von außen“, als der Tod am 28. Juni vor 25 Jahren dies rücksichtslos gelebte Leben beendet. Zurück bleibt ein Werk, das noch für mancherlei Entdeckungen gut ist - denkt man nur an den Lyriker, Essayisten und Briefeschreiber Graf.

Dorothee Trapp

Das Dorf als Abbild der Welt

Vor 25 Jahren starb Oskar Maria Graf im New Yorker Exil

Hier geht's zum Abo

52mal Mecklenburger Aufbruch für nur 50,- DM oder das Förder-Abo für 70,- DM

JA! Ich möchte abonnieren. Das Abo geht an:

Name/Vorname _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

Gewünschtes Abo ankreuzen:

 Förder-Abo 70,- DM Geschenk-Abo 50,- DM Normal-Abo 50,- DM Studenten-Abo 40,- DM Immatrulationsbescheinigung beilegen Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung) Bequem und Bargeldlos durch Bankabbuchung

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Schnupper-Abo

10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10,00 DM incl. Versand

JA! Ich will den MA 10 mal jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

Gewünschte Zahlungsweise:

 Ich lege 10,- DM in bar bei Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10,- DM bei. Abbuchung vom Konto:

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Wenn mir der MA gefällt, wandelt sich das Abo nach 10 Wochen in ein normales Jahresabo für 50,- incl. Versand um.

Möchte ich den MA nach Ablauf der 10 Wochen nicht weiterlesen, genügt bis 10 Tage vorher eine kurze schriftliche Nachricht an die unten angegebene Adresse.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Capitol Schwerin

täglich (25.6.-1.7.) 15.00, 17.00, 19.00 + 20.30 Uhr
„Feivel - Der Mauswanderer im Wilden Westen“
Do.-So. 22.00 Uhr „Das Schweigen der Lämmer“

Schauburg Schwerin

täglich 17.00, 19.00 + 21.00 Uhr „Delikatessen“

Kultur

Die Aktualität des Ästhetischen „Das Ende des Jahrhunderts“

Wertewandel und veränderte Wahrnehmung in der Diskussion

Worin liegt „Die Aktualität des Ästhetischen“ in unserer so unübersichtlich gewordenen modernen Welt? Dieser Frage will ein öffentlicher, internationaler Kongreß der Stiftung Niedersachsen vom 2. bis 5. September in Hannover nachgehen.

Ästhetik hat etwas mit Wahrnehmung zu tun, und lange Zeit meinte man damit vor allem die Wahrnehmung des Schönen in der Kunst. Doch „die Schönheit, dieses Ungeheuer, ist nicht ewig“. Als Guillaume Apollinaire, der Freund Picassos, diese Feststellung 1913 traf, mochte das die Gemüter noch verschrecken. Heute nehmen wir es als selbstverständlich hin, daß auch unsere Empfänglichkeit für das Schöne dem Wechsel der Moden und des Zeitgeistes unterworfen ist.

Welchen Wandel der Wahrnehmungen haben wir allein in unserem Jahrhundert erlebt! Zunächst wurden die Künste abstrakt und elitär, während die Architektur und die Produkte der Industrie die Einheit von Form und Funktion beschworen. Diesem kühlen Charme der klassischen Moderne be-

gegnete die Pop-Art mit ganz neuen gegenständlichen Reizen. Aber nicht nur sie: Die Techniken der visuellen Kommunikation lieferten uns einer bisher unvorstellbaren Flut neuer ästhetischer Reize aus. Der Videoclip bestimmt unseren Geschmack mehr, als wir es vielleicht wahrhaben wollen. Das haben die Werbeleute längst begriffen. Ihre Botschaften und Informationen wirken durch ihre raffinierte ästhetische Verschlüsselung.

Jeder einzelne reagiert irgendwie darauf. Wir umgeben uns mit modernem Design und kombinieren es mit antiken Kostbarkeiten oder dem Trödel der Flohmärkte. Die Selbststilisierung in den eigenen vier Wänden gehört ebenso zum Lebensalltag wie die ästhetische Ritualisierung öffentlicher Ereignisse, etwa bei großen Sportveranstaltungen oder in der Politik.

Die Weltgesellschaft erlebt sich dank der globalen Vernetzung der Informationsmittel und der Verkehrsströme als Einheit. Gleichzeitig versteht sie sich als „multikulturell“, als eine Gemeinschaft, die aus vielen Traditionen kommt

und in verschiedenen Sprachen redet. Wie verbindet sich die nüchterne Zeichenwelt der Elektronik mit der Bilderflut der Moderne? Wo liegen die Grenzen der Ästhetisierung unseres Alltags? Sind Ästhetik und Ökologie feindliche Brüder?

Fragen wie diese werden im September in Hannover von Philosophen und Künstlern, von Sozialwissenschaftlern und Werbefachleuten, von Architekten und Schriftstellern aus Europa und Übersee gemeinsam mit dem Publikum diskutiert.

Die Philosophen Jean-Francois Lyotard, Hermann Lübbe, Karol Sauerland und Wolfgang Welsch gehören u.a. ebenso zu den verpflichteten Referenten, wie der Regisseur Robert Wilson, der Medienkritiker Neil Postman, der Kulturtheoretiker Richard Sennett und der Psychologe Ernst Pöppel. Die Teilnahmegebühr beträgt 175 Mark für den gesamten Kongreß, 50 Mark für die Teilnahme an einem Tag.

Mitbürgerinenn und Mitbürger aus den neuen Bundesländern bezahlen ermäßigte Preise.

Ein Resümee auf das vergangene und ein Ausblick auf das kommende Jahrhundert - das war die Intention hinter der Vortragsreihe „Das Ende des Jahrhunderts“, die in Zusammenarbeit von dem Generalintendanten August Everding und der Literaturhändlerin Rachel Salamander im Münchner Prinzregententheater organisiert wurde.

Nach Carl Friedrich von Weizsäcker und Henry A. Kissinger gab sich HANS JONAS als Vertreter der Philosophie die Ehre.

Hans Jonas erwarb durch sein 1979 in deutsch veröffentlichtes Buch „Das Prinzip Verantwortung“ den Ruf, einer der führenden Philosophen der Gegenwart zu sein. Beschlossen wurde die Reihe mit einem Vortrag von Joseph Brodsky.

Foto: amw



Heimat ist, wo keine Fragen gestellt werden

Der 1940 in Leningrad geborene Dichter Joseph Brodsky war zu Besuch in Hamburg.

Zur Lesung ballen sich die Besucher im Hamburger Literaturhaus, hören - vielleicht seit langem wieder einmal -, daß Dichtung etwas mit Klang, mit Gesang zu tun hat. Denn die Gedichte, die Joseph Brodsky, Jahrgang 1940, in Russisch vorträgt, sind eben das: Gestalt und Klang, durchkomponierte Form.

Den Inhalt erschließt der Schaulustige Wolfgang Kaven in einem packenden Vortrag der deutschen Übersetzungen. In Brodskys Gedichten geht es um Zeit, um Tod, um eine handvoll Federn, die von einem Vogel bleiben - Kinder halten sie für Schnee. Es geht um

„Ästhetik ist die Mutter der Ethik. Jede entscheidende Wahl, die der Mensch trifft, ist eine ästhetische Wahl.“

Winter, um Kälte und Liebe, um Fin de siècle, was ein vorweggenommenes Ende signalisiert, und doch beinahe in Retrospektive geschrieben scheint, als habe der Sprecher bereits jenes Ende hinter sich, und nun kommt eine neue Wölbung in der Zeit.

Auf dem Rasen vor'm Hotel herrscht noch Schatten. Nördliche Menschen, und Brodsky ist ein nördlicher Mensch, lieben nicht die pralle Sonne. Das weiß man spätestens nach Kapitel elf seines Venedig-Buchs „Ufer der verlorenen“. Venedig bereist er jeden Winter - nur im Winter. „Das Auge“, schreibt Brodsky an anderer Stelle im Buch, „gewinnt in dieser Stadt eine Autonomie, die der einer Träne ähnlich ist. Der einzige Unterschied besteht darin, daß es sich nicht vom Körper trennt, sondern ihn völlig unterwirft.“ Brodsky hat in der Brusttasche seines Jacketts jede Menge Brillen, zum in die Ferne und Nähe schauen, gegen übermäßige Helligkeit, für ästhetischen Scharfblick und weiß der Himmel was noch alles. Die tauscht er im Lauf des Gesprächs immer wieder aus.

Über einen Poeten, einen, der an diversen Orten ein- und ausgeht, verschiedene Berufe praktiziert, Haufen von Brillen besitzt und dann noch schillernde Blickrichtungen ausbreitet, spricht man nicht in geraden Linien. Schon gar nicht, wenn Sujet und Gesprächspartner sich decken. Dabei ist Brodsky alles andere als unpräzise: Seine Dichtung gehorcht kompromißlos poetischen Gesetzmäßigkeiten, ist bis ins äußerste Detail formal durchkomponiert. „Form und Metrik sind das interes-

Verankert in den Worten: Joseph Brodsky, Poet, Essayist und Nobelpreisträger wurde vor zwanzig Jahren aus seiner Heimat Rußland ausgebürgert. Er lebt seit langem in New York, lehrt an fünf verschiedenen Universitäten und verbringt die Winter in Venedig, der Stadt der Augenblicke, der Reflexionen und des Wassers. Die Heimat des Dichters bewegt sich im Fluxus von Sprache und Zeit.

santeste an Dichtung“, sagt er, „weil ein Gedicht in Versen, jedes Lied, selbst das Lied eines Vogels, schlicht eine Abstraktion von Zeit ist. Zeit wird dabei nur auf andere Weise organisiert.“

Der Zweck einer poetischen Äußerung ist, daß sie im Gedächtnis haften bleibt - Metrik, Reim sind die Mittel, um diesen Zweck zu erfüllen.“ Das Wort 'Tautologie' taucht in Brodskys Texten immer wieder auf - geht es für ihn im Prozeß des Schreibens um das Sprengen eines „geschlossenen Systems“? „Es ist für mich sehr schwer, über mich selbst zu sprechen.“

Es ist wie eine Katze, die versucht, ihren eigenen Schwanz zu fangen. Ich weiß nicht, was ich versuche zu sprengen.“ Vielleicht ginge es eher um eine religiöse oder ethische Frage? „Hauptsächlich“, meint Brodsky, „handelt es sich um eine ästhetische Frage. Und Ästhetik ist die Mutter der Ethik. Jede entscheidende Wahl, die der Mensch trifft, ist eine ästhetische Wahl.“ Wistan Hugh Auden ist Brodskys Leib-und-Magen-Poet, „für mein Auge, meinen Geist, mein Ohr, schlicht der beste Dichter der englischen Sprache in diesem Jahrhundert“.

Er meint, man müsse im Leben die Arbeit eines Dichters von vorn bis hinten studiert haben, „es ist eine Meßlatte, die man auf die Welt anwenden kann. Einige Dinge sind größer, andere geringer, es ist eine Art Standard.“ Was ist für Brodsky „Heimat“? „Es ist die Sprache“, sagt er, „es gibt nichts anderes. Aber ich glaube, ich habe eine Ahnung von Heimat im Sinn von Zuhause sein. Das ist vermutlich irgendwo in Massachusetts, oder in New York, wo ich in einem Apartment lebe. Heimat ist, nun, ein Ort, an dem keine Fragen gestellt werden.“

Brodsky schreibt viel über das Thema „Zeit“. Wenn man so will, verbringt er viel Zeit darüber, über Zeit zu schreiben. „Ich will Ihnen eines sagen“, sagt er, „mit ungefähr 19 Jahren habe ich die Bhagavadgita gelesen. Ich las sie vor der Bibel und war hingerissen von den metaphysischen Horizonten, die sich auftaten.“

Ich erkannte, daß es dies war, im geistigen, psychologischen Sinn, wo ich hingehörte, gewissermaßen die geistige Ökologie, und daß die

Metaphysik des biblischen Zeugnisses der des Hinduismus nachsteht.

Diese Dimension ist geblieben und vielleicht verantwortlich für alles, was ich tue ... Wenn man etwas anderes macht, weiß man, das ist nicht das Ende der Geschichte, wenn einer versucht, auf der Realität eines Augenblicks zu bestehen, nimmt man es an, aber man denkt darüber hinaus.

Und wenn man über die abstrakte Idee der Zeit per se im philosophischen Sinn nachdenkt, sagt man sich gut, aber darüber hinaus gibt

es noch Zeit.“ Descartes versus Buddha: Die Menschheit sagt Brodsky, basiert auf zwei Prinzipien, dem westlich-rationalen, analytischen, selbsterkennenden und dem östlich-intuitiven, synthetisierenden, vor allem selbstverneinenden Prinzip.

„Das wunderbare an Dichtung ist, daß man diese Prinzipien unbeußt, gewissermaßen euphonisch kombiniert. Und während man sich durch die Form eines Gedichts bewegt, ein Muster wiederholt, entfaltet es eine zentrifugale Bewegung und Kraft, die immer weitere Kreise zieht, eine immer größere Reichweite ermöglicht ...

Was ich sagen will, ist: Ein Dichter ist vielleicht das gesündeste Tier, das es gibt.“ Es hat etwas selbstbefreiendes? „Ja, sehr sogar. Es ist eine Verschmelzung der beiden Prinzipien. Und noch eins - Dichtung ist keine Kunst zur Un-

terhaltung oder zum Zeitvertreib. Es ist unser, wenn man so will, genetischer, anthropologischer Ursprung.“

Ein Trupp von Rasenmähern nähert sich, wir wechseln auf eine Böschung direkt an der Alster. Wasser ist eine Art Leitmotiv in der Dichtung Brodskys: „Ja vielleicht“, sagt er, „aber im Prinzip ist

„Ein Dichter ist vielleicht das gesündeste Tier, das es gibt ... Dichtung ist unser, wenn man so will, genetischer, anthropologischer Ursprung.“

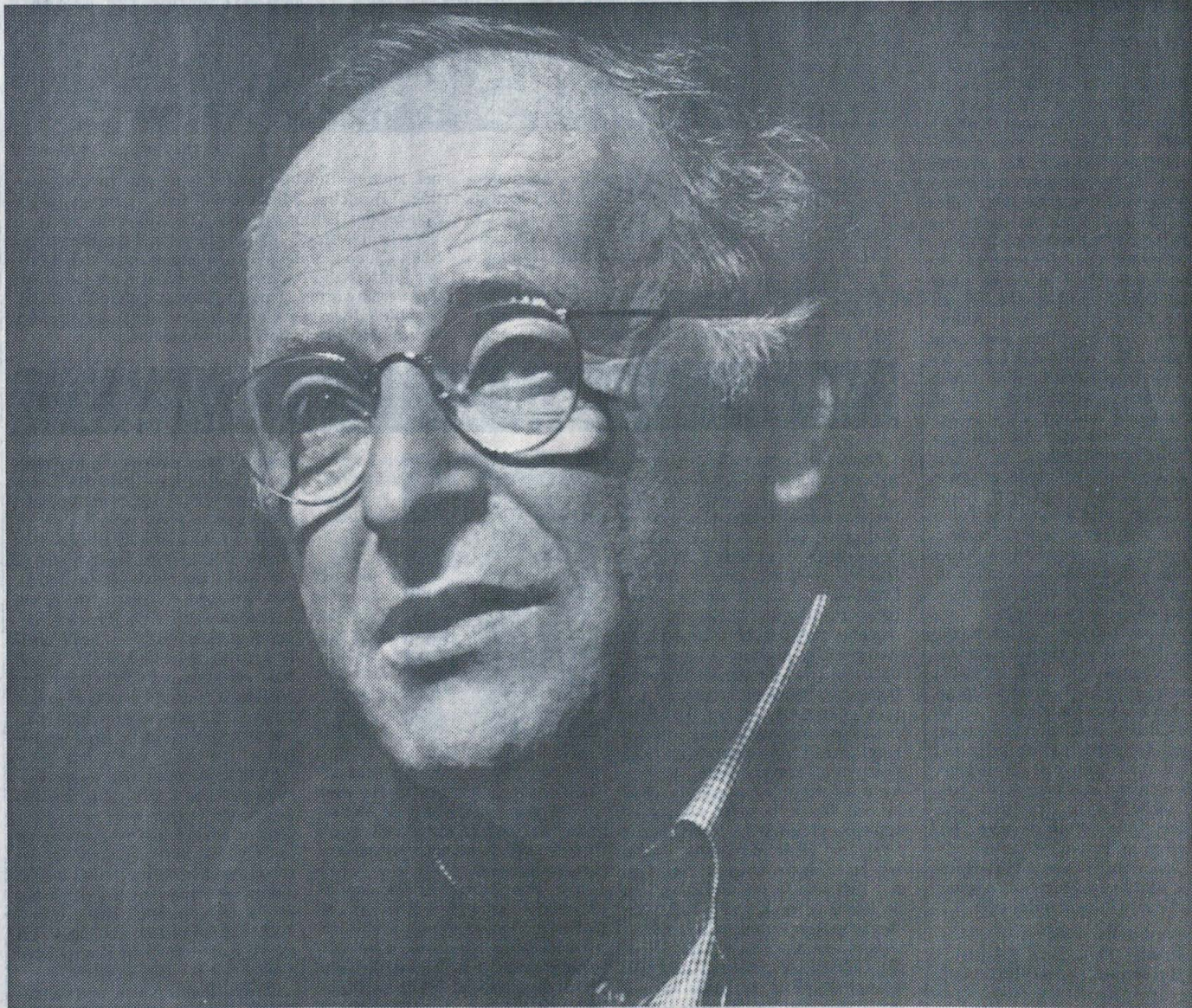
es einfach die attraktivste Substanz, die es gibt - sie befindet sich ständig im Flux und ähnelt der Zeit, gewissermaßen in ihrer Monotonie, außerdem reflektiert sie alles ...“ Brodsky lehrt an fünf ver-

schiedenen Universitäten in Massachusetts.

Er beobachtet, daß junge Menschen heute „jede Gelegenheit haben, zu Trottern zu werden“. „Es gibt ein riesiges Ausmaß an moralischer Relativität, eine ästhetische Beliebigkeit, noch nicht einmal Beliebigkeit, weil es überhaupt keine Ästhetik gibt, alles ist zu Blech geworden.“

Er glaubt manchmal, daß ein Lehrender „die einzige Versicherung ist, die diese Jungen haben“. Läßt sich die Menschheit, die Welt in irgendeiner Weise retten? „Mussorgsky sagte, daß Schönheit sie retten wird ... aber ich weiß im Grunde nicht genau, was die Menschen retten wird. Das einzige, was ich weiß, ist, daß das, was ich versuche zu machen, ihnen keinen Schaden zufügen wird.“

Belinda Gardner



Joseph Brodsky: Über die Idee der Zeit hinaus gibt es immer noch Zeit

Foto: amw

Vermischtes

Nun werden ihnen die Augen geöffnet. Mit Blindheit waren sie geschlagen, wenn sie in Richtung Mecklenburg gesehen haben. Und ihrer Blindheit wurde nachgeholfen. In Ost und West. Mecklenburg, das Land der Gutsherren und Leibeigenen. Dann noch Landschaft. Und dann ist Schluß.

Und nun kommen sie und staunen. Herrlich. Blinde werden sehend. Sie sehen die ehemals blühenden Städte mit ihren stattlichen Rathäusern, mit den Schulen, Klöstern, Backsteinkirchen und Schlössern. Sie sehen die alten stolzen Bauernhöfe und der Handwerker Hände Werk. Nein, sie brauchen sich nicht verstecken, die Handwerker, Schiffsbauer und Bauern in Mecklenburg.

Mecklenburg war immer auch ein Bauernland. Und es gibt heute Erwachsene, die ihre Ferien nie woanders als auf den Höfen der vielen bäuerlichen Verwandten und Freunde zugebracht haben, in guten und in schlechten Zeiten. Kühe hüten und Kartoffel sammeln. Und dann die großen Familienfeiern mit den Nah- und Weitverwandten aus Stadt und Land.

August Lübcke war einer von diesen Bauern, einer von den vielen in Mecklenburg. 1911 in Radelübbe an der Süde im Hagenower Land geboren. Friedenszeiten. Doch schon 1915 fällt der Vater im Ersten Weltkrieg, die Mutter muß den Hof alleine bewirtschaften, um de Jung August möt allens dat maken wat hei kann. Wer groß genug ist zum Melken, muß melken. Gerades ist das mit dem Pflügen und Mähen und allen anderen Arbeiten. Arbeiten ist gesund, die Mutter liebt ihre Kinder und alle lieben den Hof. Ihren Hof.

Bauer in Mecklenburg

Schon 1938 das erste Auto. Ein Opel Kadett. Auf 20 ha 12 Kühe, das Jungvieh dazu, Schweine und Hühner, und alles was wächst auf dem Land. Kartoffeln natürlich und Roggen, Hafer und Rübren. Blühende Wiesen, Buschwerk und

Kinder werden geboren, gesunde Kinder. Im Staatssender klingt es aus dem Radio: „Du hast ja ein Ziel vor den Augen“. Welche Aussichten für den Hof und alle Menschen auf ihm. Aber das Ziel bestimmen wieder nicht die Bauern.



August Lübcke in seinem Tabakfeld

Foto: Hans-Jürgen Wohlfahrt

Bäume genug, Sand und Torfkühen. Der Storch auf dem Dach. Alles Ökohöfe. Aber Arbeit von morgens bis abends. Und im Sommer immer schweißnaß und im Winter viele kalte Hände.

Und dann wieder Krieg. Mit Gefangenschaft bis 1948. Und die Mutter ist wieder alleine auf dem Hof. Aber dann, dann soll es endlich losgehen. Eine Bäuerin wird gefunden, die Bauersfrau. Was ist ein Bauer ohne eine Bäuerin? Und

Zunächst gibt es überhaupt kein Ziel mehr, nur noch die Endstation LPG „Hammer und Sichel“. 1960. August Lübcke wird „Feldbrigadier“. Gegen seinen Willen und ohne die nötige Gesinnung.

1961, im Herbst. Jemand sucht Stacheldraht, den es nicht gibt, der aber gebraucht wird, um das Vieh auf den Weiden zusammenzuhalten. „Den hol dir man von der Mauer in Berlin, dort liegt genug unnütz rum“. Und dann gibt es auf

dem Lande weniger Butter als in den Städten der Industriegebiete. „So ist das nun mal eben, in den kommunistischen Ländern gibt es nichts zu fressen, da ist nur Not und Elend“. Das sind die Antworten des Bauern Lübcke, und das Ergebnis sind sechs Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist. Und Degradierung zum Agromechanisator. Das ist ein Treckerfahrer. Erschwerend führt zu dem Urteil, daß der „Straftäter“ nie aufgehört hat, NATO-Sender zu hören. Wie soll sich da sozialistisches Gedankengut festsetzen können in einem Kopf, der schon vor Hitler den Stahlhelm getragen hat. So steht es in der Urteilsbegründung. Lachen kann man heute darüber und über „Hammer und Sichel“. Damals saß die Angst im Nacken. Da war nichts zum Lachen.

Das Land ist futsch. Eben dort, bei der PLG „Hammer und Sichel“. Über einen Teil wird die Autobahn Hamburg/Berlin gebaut. Ohne eine Frage an den Eigentümer, ohne eine Entschädigung. Alles für die Brüder und Schwestern. Die fahren darüber hin und machen sich keinen Kopf. Wenn es nur schnell und bequem geht nach Berlin und nach Hamburg. Lat ehr. Wenn se man achteran nich klaukschieten.

Aber vier Morgen Land sind geblieben. Um die Hofstelle herum. Vier Morgen individuelles Land. Und es wird wieder in die Hände gespuckt. Tabakanbau gibt es seit dem Krieg in dieser Gegend. Das wird fortgeführt mit 2.000 Pflanz-

zen im Jahr. So wird die stolze Scheune erhalten, denn der Tabak muß unter Dach trocken. Und Blumenkohl wird angebaut, 2.500 Köpfe jedes Jahr. Und dann Spargel. Das bringt etwas ein, auch wenn es keine DM ist. Und die Großküchen der Kinderkrippen, Schulen und Betriebe sind froh, daß sie das bekommen, was es sonst nicht gibt in den Läden. Im Winter werden Tannenbäume gepflanzt, werden Hochsitze gebaut und Nistkästen, mit Jugendgruppen wird Wald aufgeforstet.

Wer seine Hofstelle in Ordnung halten will, wer im Herzen Bauer geblieben ist, wer gern mal zu den Verwandten und Freunden im Schwarzwald und an der Niederrelbe fahren will, und er wie in alten Zeiten zu den Festen gerne alle Lieben aus Stadt und Land, aus dem ganzen deutschen Land, um sich hat, der muß sich rühren für DM-Ost. Der Bauer tut es wie viele andere seines Standes gerne und mit Fleiß.

78 Jahre ist der Bauer alt, da kommt die Wende. Gewollt hat er das immer so, aber noch geglaubt? Im innersten sicher, denn er war ein politischer Mensch. Nicht parteipolitisch, nein, aber mit gesundem politischem Verstand. Bauern wirtschaften und denken nachhaltig, nicht kurzatmig. Nun war es so weit. Und August Lübcke hat einen Sohn wie viele andere Bauern auch. Wie gerne wäre auch der Bauer geworden. Das liegt im Blut. Aber nicht bei „Hammer und Sichel“. So lernt er Schmie, Hufschmie. Das ist ganz dicht beim

Bauer. Und machte seinen Meister. Weil das dann weniger wurde mit der Schmiederei, wurde er Stallateur. Doch der Wunsch ist tief: Eigene Scholle, eigener Betrieb. Wie auf dem väterlichen Hof seit Generationen. Und de Jung, das schafft. „Was du ererbt von deinen Vätern...“. Das hat der Dichtersmann sich nicht ausgedacht, das hat er sich aus solchen Betrieben, die es schon immer gab und - möge es so sein -, immer geben wird, abgequack.

Nun ist August Lübcke tot, ein einundachtzigstes Jahr. Das geht ganz schnell. Aus dem Leben gerissen, aus der täglichen Arbeit. Von Kindesbeinen an bis zum Schluß: Arbeit. Und dabei gesund und stark, immer schaffensfroh und hellwach für Hof und Familie. Wie ein gefällter Baum lag er auf dem Krankenbett. Da war noch viel Leben drin, aber es war vorbei. In der Kapelle auf dem dörflichen Friedhof die letzten Lieder, die letzten Gebete, der Gottesmann gibt den letzten Segen, die Glocken der Kirche auf der anderen Seite des Dorfes schwingen zum Abschiedsgeläut im Gebälk. Auf einem Hof in der Nähe kräht ein Hahn. Der Bauer wird in die sandige Erde gesenkt, von der es so lange gelebt hat. Mit Mühe und Schweiß. Aber auch mit viel Frohsinn und Freude an dem, was um ihn war: Frau und Kinder, Freunde und Bekannte, sein Hof mit den Männern und Frauen, Feld und Wald, Wiesen und Weiden, Baum und Strauch. Zuletzt dann der Sohn doch noch Meister auf eigenem Hof. Und über allem der Himmel mit Sonne, Mond und Sternen mit Wind, Sturm und Regen. Ein Bauernleben in Mecklenburg ist zu Ende.

Korl Bäk

Kulinarisch

MA beißt an ...

Zum Goldenen Reiter Schwerin, Am Rathaus

Wer es gerne etwas teurer mag, aber garantiert gut mit seinem Gaumen meint, sollte sich unbedingt Zum Goldenen Reiter aufmachen. Das Restaurant findet man in der Gasse neben dem Rathaus. Die Gasträume sind im gut bürgerlichen Stil eingerichtet, ein bißchen bieder. Dennoch will behäbige Gemütlichkeit nicht aufkommen, das verhindert die ausgesprochen nüchterne Ausstattung der Räume, alles ist eher unterkühlt, irgendwie zwischen Wohnküche und Wartezimmer. Dies gilt auch für die Bedienung; sie erweckt nicht den Eindruck, man habe sich auf den Gast gefreut. Jede Anbiederung verbietet sich quasi von selbst. Das wird der Gast, der seine Taler noch umdreht, auch tunlichst vermeiden, denn Trinkgeld kann er sich in Anbetracht der doch recht deftigen Preise kaum leisten.

Allerdings bekommt er etwas für sein Geld. Die Gerichte sind aus sehr guter Küche. Die Teller sind wohl gefüllt mit Gaumenfreuden, die gar nicht so bieder sind, wie es das Ambiente vermuten ließe. Gemüse, Gewürze, Fleisch sind zwar nicht unkonventionell, aber doch nicht wie bei Muttern zu Hause aufeinander abgestimmt. Der Wirt hebt auch nicht auf Mecklenburgisches ab, was meist doch nur bei gefülltem Rippenbraten endet. Der Goldene Reiter orientiert sich am Zeitgeist westlicher Provenienz, das mag darin seine Ursache haben, daß in diesem Hause Regierungsbeamte ein Refugium gefunden haben.

Also, wer etwas edlere Speisen, die ihren Preis haben, mag auf Zum Goldenen Reiter!

Ambiente: mäßig
Küche: sehr gut
Bedienung: reserviert

C. Doose

Brücken übers Wasser schlagen

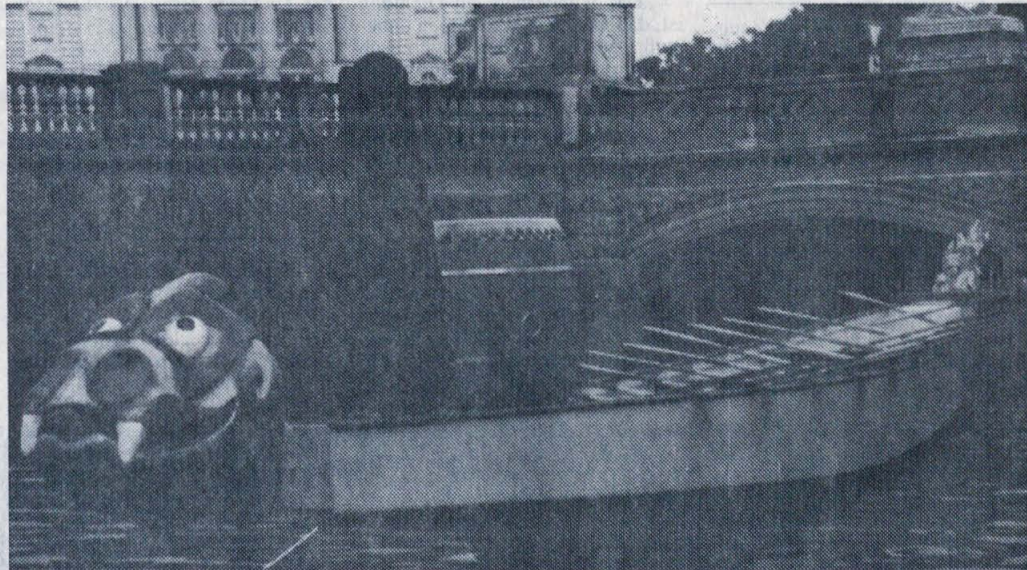


Foto: Hartmut Musewald

Schauplatz Schwerin am vergangenen Wochenende. Als Auftaktveranstaltung der Schweriner Kulturtag wurden die ersten offiziellen Deutschen Meisterschaften des Deutschen Drachenboot-Verbandes (DDV) im Zentrum Schwerins auf dem Pfaffenteich ausgefahren.

Schwerin hat in seiner städtebaulichen Anlage eine besondere, traditionsreiche Baukultur. Der Pfaffenteich ist Ausdruck dieser Kultur, daher ist er geeignet,

auch im Bewußtsein der Schweriner und auswärtigen Besucher Mittelpunkt und 'Austragungsort' Schweriner Kultur zu sein. Das kulturelle Ereignis 'Drachenbootfest' konnte zeigen, daß die Bürger der Stadt - auch die jugendlichen und ausländischen Bürger - ihre Kultur selbst 'machen', tragen, verstehen und verantworten. Unterstützt wurden die Veranstalter von Schweriner Unternehmen, die sich mit ihrem Beitrag als Bürger der Stadt verstehen.

Mein wunderbarer Alltag

Mein toter Schwiegervater hat mir seinen weißen Benz hinterlassen: 190 Diesel, Baujahr '77, liebevoll gepflegt und nur selten benutzt. Das Schiff ist jetzt unser. Eilig haben wir unseren Toyota-Starlet verschreibt. Stolz wie Spucke, ungläubig unseren Wagen bestaunend, enternten wir die Autobahn zu unserem 1. Osterritt. 120 macht er, den Berg herunter ein klein wenig mehr. Aber mit ihm stört es mich nicht, daß alle anderen uns überholen. Es geht uns gut, saugut...

Bei Gütersloh an der Tankstelle steigt Luise aus Halle zu uns in den Fond. Sie ist 19, blondgelockt und trägt stolz ein Palästinensertuch. Mit nicht mehr als einem Schlafsack und einer kleinen Tasche bewehrt, kommt sie von einem Kurztrip aus Irland zurück. Mutig für DDR-Verhältnisse, finden wir. Luise erzählt erst vom Nebel an den Kliffs von Moher und dann vom antifaschistischen Kampf in Halle; von den Schwätzern aus den Bürgerbewegungen, die am letzten 9. November die Einheitsfront gesprengt und sich kerzenhaltend auf den Marktplatz gestellt hätten, anstatt sich an der machtvollen Demo gegen das Faschisten-



Udo Knapp

pack zu beteiligen. Und überhaupt das Geschwätz von der Demokratie - wo es die denn bitteschön gäbe, Demokratie, das sei doch nichts anderes, als der erfinderische Betrug der Mercedesfahrer z.B..

Wir waren eingeschüchtert. In früheren Tagen hätte ich sie auf der Stelle rausgeschmissen, weil ich Dummheit an Sonntagen schon gar nicht ertragen kann. Diesmal versuchte ich die väterliche Masche, schließlich war ich auch mal 19: Nach 40 Jahren DDR müsse sie doch eigentlich

froh sein über die Freiheit, mal eben nach Irland trampeln und im Winter in Tübingen mit dem Studium beginnen zu können und und und...

Sie lächelte mitleidig, ich spürte es im Kreuz. Jedes Argument war eins zu viel. Mein Argument war mein Auto, dagegen hatte ich keine Chance, keine. Als wir sie an einer Raststätte wieder ihrer Heimreise nach Halle überließen, steckte sie strahlend die 20 Mark ein, die wir ihr als Wegzehrung zugesteckt hatten. Ich lächelte müde zu ihrem „Danke, mach's gut, Opa.“ Mir war der Osterritt im Benz verdorben.

Die Karre war mir zu langsam. Meine große Liebe war von Luise hin und weg, so viel Frauen-Power, so viel Zukunft und drehte die Stereoanlage so laut, daß mir die Ohren dröhnten. Sie riß das Schiebgedach auf und reichte mir meine Schiebermütze, damit mir der Fahrtwind nicht die Platte verkühlte. Wer definiert denn nun bitteschön die Welt, die Dinge oder mein Träumen?

Dieser Diesel schnurrt und stampfte, leise lachend, und ich fest gelaufen, über die Osterautobahn ins Grüne.

Babyausstattung u.
Umstandsmoden - Boutique
Räumungsverkauf
wegen Geschäftsaufgabe bis 30.6.92
Drastisch reduzierte Preise

Sandra's Babykiste
Mölln · Marktstraße 5 · Tel. 045 42 / 75 69

Der PC-Laden

Personal-Computer, Zubehör und Schulung
Reparaturservice aller gängigen Geräte
Lübecker Str. 22 - 2060 Bad Oldesloe
Fax 04531 / 12309 - Tel. 3327
Am Fischkombinat 11 - 2500 Rostock
Gebäude 218, Raum 006
Fax 081/3337 - Tel. 3336



Wir verkaufen nicht
nur Gebrauchtwagen, sondern
besorgen auch das Geld dazu.

Golf Sky, 6/87, 53 KW/72 PS, 64.800 km, mot., Alu, Sportsitze, Color, Treser, tiefer, 16-V-Ant.	14.950,-
Golf Memphis, 3/88, 40 KW/55 PS, 53.000 km, 185-er, hvstb. F-sitz, AHK	12.950,-
Golf, 3/90, 66 KW/90 PS, 44.000 km, 4-trg., Rd., Do-grill, US-Kat.	16.950,-
Peugeot 205 Junior, 1991, 33 KW/45 PS, 17 km, 4-turig, KAT	13.950,-
Audi 80, 1/85, 7/90, 66 KW/90 PS, 28.450 km, mot., Cass.-Rd., ZV, SD, Servo, KAT	24.950,-
Pas. Lim. CL, 10/90, 66 KW/90 PS, 24.876 km, mot., Servo, Cass.-Rd., Sitzverst., el SD, KAT	25.950,-
Golf GTD, 5/85, 51 KW/70 PS, Rd., SD, AHK, Turbodiesel	12.950,-
VW Jetta, 9/86, 53 KW/72 PS, 66.300 km, 4-trg., Rd., metallic	13.650,-
Audi 80, 3/87, 66 KW/90 PS, 65.000 km, SD, Rd., met., 5-G., KAT	18.950,-
Pirelli Golf GTI, 11/83, 82 KW/112 PS, SD, met., Rd., tiefer, Bord-Comp., Sportlenkrad	7.950,-

TRAVAG
wenn es um Ihr Auto geht!

Bahnhofsallee 36 · Ratzeburg · Tel. (04541) 35 41

Forum/Umwelt

Rechtsradikale: Aufarbeitung in Kühlungsborn

Zu einer ungewöhnlichen Begegnung kam es kürzlich zwischen Eltern, Schülern und Lehrern der Carl-von-Ossietzky-Schule Berlin-Kreuzberg und Vertretern der Stadt und der Realschule Kühlungsborn.

Anfang Mai hatten jugendliche Rechtsradikale aus Kühlungsborn die Berliner 7. Klasse, der türkische Kinder angehören, überfallen. Dabei waren die Jugendlichen so brutal vorgegangen, daß einige Schüler ärztlich behandelt werden mußten. Die Schulklassen, die zu einem Erholungsaufenthalt in der Nähe Kühlungsborn gewesen war, hatte sich zur vorzeitigen Rückkehr nach Berlin entschieden.

Bei den Berliner Eltern löste der Vorfall einen Sturm der Entrüstung aus: Sie wollten sich nicht mit einer Anzeige begnügen, sondern forderten die Stellungnahme und das Gespräch mit der Polizei, der Stadtverwaltung Kühlungsborn und Vertretern der Realschule, in der acht Rechtsradikale schon seit langem auffällig sind.

Eine konkrete Einladung an die Eltern der Jugendlichen war nicht möglich, weil die Polizei noch ermittelt und die Namen offiziell nicht bekanntgegeben werden.

So war mit viel Aufwand ein Gespräch unter Beteiligung des Berliner Bezirksschulrates und in Anwesenheit von Presse und Fernsehen zustandekommen. Bürgermeister Wieck stellte Kühlungsborn als eine fremdenfreundliche Stadt vor, die darauf angewiesen ist, Besuch zu bekommen. Die Direktorin der Realschule verteidigte sich mit dem Hinweis, daß es an der Kühlungsborner Realschule nur wenige Rechtsradikale gebe und man nicht pauschalisieren dürfe.

Bedauerlich, daß Vertreter des Gymnasiums nicht anwesend waren, wo doch hier die Jugend der ganzen Stadt angesprochen war.

Zeitweise schien es, als hätten Lehrer und Eltern der betroffenen Berliner Schüler kaum Verständnis für die Gesamtsituation in der ehemaligen DDR. Der einzige

Rechtsradikale, der sich dem Gespräch stellte, machte den Eindruck der Unbelehrbarkeit, aber wäre nicht auch sein Mut zur Diskussion lobenswert gewesen? Friedfertigkeit zwischen Türken und Deutschen ist auch im Westen erst langsam gewachsen.

Ein Elternvertreter der Kühlungsborner wies darauf hin, daß sich die soziale Unsicherheit der Erwachsenen auf die Jugendlichen überträgt. In rechtsradikalen Gruppen fänden sie Halt, den man akzeptieren muß. Vieles habe sich in der ehemaligen DDR sozusagen über Nacht geändert, da brauche man mehr Hilfe. Diese Gruppen bieten sie scheinbar an. Das rechtfertige aber nicht Gewalttätigkeiten und Fremdenfeindlichkeit. Jeder müsse lernen, andere Kulturen zu akzeptieren. Leider habe es dies nie in der DDR gegeben.

„Trotzdem brauchen die Jugendlichen eine Orientierungsmöglichkeit, die im Elternhaus beginnt und sich in Freizeitangeboten fortsetzen kann und muß“, so der Schul-

psychologe des Kreises. Wohlthuend die Erklärung der Kühlungsborner Direktorin, man führe seit langem über Radikalismus das Gespräch mit Eltern und in den Schulkonferenzen. Das Thema wird auch weiterhin die Schule beschäftigen.

Schade, daß so wenig Versagen bei der Hilfeleistung für die Berliner Schüler eingestanden wurde. Die Polizei und einige Bürger Kühlungsborns nehmen sich da nicht aus. Trotzdem - die berechnete Bitterkeit und Wut der Berliner Schüler, Eltern und Lehrer, könnte mit diesem Gespräch einen Impuls geben für die Bewältigung eines großer werdenden Problems nicht nur in Kühlungsborn.

Daß der Vorschlag am Ende angenommen wurde, eine Schulpartnerschaft zwischen der C.-v.-Ossietzky-Schule Berlin-Kreuzberg und der Realschule Kühlungsborn zu begründen, läßt die Teilnehmer des Gesprächs ein wenig versöhnlicher auseinandergesprochen.

Uwe Pilgrim

Doch Öko-Steuer?

Die „Öko-Steuer“, also die Initiative für eine Besteuerung von CO₂-Emissionen auf EG-Ebene mit dem Ziel, sie auf dem Stand von 1990 „einzufrieren“, schien bereits am Widerstand der Wirtschafts-Lobby gescheitert, die in EG-Industrie-Kommissar Martin Bangemann (FDP) einen eifrigen Fürsprecher gefunden hatte. Wenn die EG ihrer Verantwortung gerecht werden wolle, müsse sie auch zu Energie-Steuer, Spar-Kurs und der Schwerpunkt-Förderung sauberer Energieträger stehen, stellten dem gegenüber jetzt die Kommissare Carlo Ripa di Meana (zuständig für Umweltpolitik), Christiane Scrivener (Steuern) und Antonio Cardoso e Cunha (Energie) in einer gemeinsamen Erklärung fest.

Damit scheinen die Aktien derer wieder ein wenig gesunken, die in der EG immer noch eine reine Wirtschafts-Gemeinschaft sehen, die sich über ein paar ökologische Sorgenfalten auf der Stirn der Politiker hinaus keine Umwelt-Verantwortung zu leisten braucht.

Die Politik der Zwölf müsse verhindern, daß der CO₂-Ausstoß im bisherigen Maß weiter ansteigt - also um zwölf Prozent bis zum Jahr 2000 - und zugleich eine Vorbild-Rolle für die Dritte Welt übernehmen. Dabei spiele die sogenannte Öko-Steuer auf Kohlendioxid-Emissionen die wichtigste Rolle: Von den besagten zwölf Prozent soll sie einen Einsparungseffekt von 6,5 Prozentpunkten bringen.

Die Energiesteuer würde per Richtlinie eingeführt, jedoch in den einzelnen Mitgliedsstaaten von den jeweiligen nationalen Behörden erhoben.

Die Gesamtsteuerbelastung dürfe jedoch durch die Energiesteuer nicht hochgetrieben werden: Sie müsse vielmehr durch Anreize oder Steuernachlässe für Privatleute und Unternehmen kompensiert werden, die Energie einspa-

ren oder in saubere Energie investieren.

„Doch Steuern“, wissen die Kommissare, „lösen nicht alle Probleme“. Und so wollen sie die andere Hälfte der angestrebten CO₂-Reduzierung denn auch auf andere Weise sicherstellen: Das Programm SAVE für den rationalen Einsatz von Energie soll die Hauptrolle spielen und mit der Schwerpunkt-Förderung energie-sparender Technologien die CO₂-Emissionen um weitere drei Prozent absenken.

Und das 1990 angelaufene Forschungsprogramm THERME zur wirtschaftlichen Nutzung von Energie könnte weitere 1,5 Prozentpunkte Reduzierung draufpacken. Schließlich wird noch des Programms ALTENER (das sich jedoch gerade mal in der Phase vorsichtigen Angedachtwerdens befindet) Erwähnung getan, mit dem die Gemeinschaft den Anteil erneuerbarer Energiequellen irgendwann mal von vier auf acht Prozent verdoppeln will.

Allerdings sollte niemand die markigen Worte der drei EG-Kommissare über Gebühr ernst nehmen oder gar schon mit Taten verwechseln. Irgendwo mittendrin in der Erklärung ist das entscheidende Sätzchen verpackt, das aus der „Strategie gegen den Treibhauseffekt“ ein Sandkastenspiel macht: „Vor allem aber soll die Öko-Steuer nur angewandt werden, wenn die großen Konkurrenten der Gemeinschaft - insbesondere die USA und Japan - gleichwertige Maßnahmen ergreifen“.

Wenn selbst die problembewußteren unter den EG-Kommissaren schon solche Einschränkungen machen, kann man angesichts des Auftretens der Vereinigten Staaten bei der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro als Zeitpunkt des Inkrafttretens einer EG-weiten Öko-Steuer schon mal auf den St.-Nimmerleins-Tag tippen.

W. Schl.

„..... dann weiß es vielleicht noch das Volk“

Das Volk weiß es! Denn dieses Volk zahlt seit der Wende gewaltige Summen für die desolatte Hinterlassenschaft des Volkes in den neuen Ländern!

Das Anspruchsdenken also - wie zu lesen - ist bereits perfekt gelernt worden.

Der Autor begründet den Anspruch auf LASTENAUSGLEICH mit der „politischen Pflicht“ der Bürger in den alten Bundesländern, weil diese Vergleichsweise nur wenig für den verlorenen Krieg bezahlt hätten. Diese Behauptung ist schlicht eine dreiste Verkennung historischer Tatsachen. Es besteht doch wohl ein wesentlicher Unterschied zwischen Lastenausgleichszahlungen für jene, die durch Gewalt und Vertreibung Hab und Gut als Folge des verlorenen Krieges verloren haben und dem Anspruch auf Lastenausgleich für Bürger der ehemaligen DDR, die wegen ihrer poli-

tischen Zustimmung enteignet worden sind, jahrhundertalte Baukulturen, auch Industrien und Landwirtschaft dem Verfall überlieben und ihre persönliche Freiheit und Entwicklung als angepaßte Mitläufer opferten. Und dies alles trotz gründlicher Erfahrungen mit einem anderen UNRECHTSSTAAT (1933-1945).

„Vom Unglück erst zieh' ab die Schuld, was übrig bleibt, trag' s in Geduld!“

Dennoch! müssen Finanzierungs-hilfen in die neuen Länder gegeben werden, um zu beseitigen, was die Politik der DDR hinterlassen hat, aber auch die konzeptlose Politik der Bundesregierung bisher versäumt. Und, denkt daran, bitte nicht ALLES schon morgen und schon gar nicht als Anspruch oder Forderung.

Heinz Gubermann,

Ausländerfeindlichkeit in Rostock untersucht

Asylbewerber als Sündenböcke?

Der Rostocker Bürgertisch und der Ausländerbeauftragte beim Senat der Hansestadt, Wolfgang Richter, legen jetzt einen Bericht zur Haltung der Rostocker Bevölkerung gegenüber Asylbewerbern vor. Er stellt die 61 Seiten umfassende Studie von dem unabhängigen Centrum für Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung (UCEF).

Das Ergebnis: Ein Drittel der erwachsenen Rostocker vertritt eine entschieden restriktive Haltung zur Aufnahme von Asylbewerbern, zwei Drittel aber sprechen sich gegen Einschränkungen aus. Diese bejahende Haltung, so Richter, sei für ihn das Hervorstechendste. Nun müsse man sehr sorgfältig über die angegebenen Gründe für die Ablehnung von Asylbewerbern nachdenken.

Als Gründe seien zu 70% soziale Ursachen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit angeführt worden. Deshalb müsse man stärker als bisher verdeutlichen, daß die Ursachen für die sozialen Ängste in der Bevölkerung auch ohne die Asylbewerber vorhanden wären. Ebenso zeige die UCEF-Studie erhebliche Informationsdefizite über die Situation der Asylbewerber. Der Ausländerbeauftragte werde daher der Bevölkerung verschiedene Informations- und Begegnungsangebote unterbreiten.

Richter: „Man darf das Feld nicht Leuten überlassen, die auf demagogische Weise die sozialen Ängste und die Unwissenheit der Menschen ausnutzen, um Ausländerhaß zu schüren, wie das z.B. der-

zeit in Rostock mit Flugblättern aus Hamburg versucht wird. Die sollen bis zum Juli alle Haushalte mit ihrer Aktion 'Rostock bleibt deutsch' erreichen, um hier eine Bürgerinitiative gegen die Ausländerflut zu gründen.“

Den Rostocker Bürgertisch bestärkt die UCEF-Studie in seiner Forderung nach einem parlamentarischen Ausländerbeauftragten für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Für die Pressesprecherin des Bürgertisches, Sybille Bachmann, ist das Thema Asylbewerber so problembehaftet, daß man für konstruktive politische Lösungen auf Landesebene die Mitarbeit eines unabhängigen, vom Parlament bestimmten und ihm reichenschaftspflichtigen Beraters brauche.

Zum anderen werde man die Erkenntnisse der Studie in die Stellungnahme zum Entwurf der Landesverfassung einarbeiten.

Aus der Fülle der Ergebnisse des UCEF-Berichts hob Frau Bachmann besonders die typisch ostdeutschen Ergebnisse hervor. So wurden Reaktionen auf Demütigungen und enttäuschte Erwartungen durch die Art und Weise der deutschen Vereinigung von knapp der Hälfte der Befragten als wichtig bzw. nicht unwichtig eingeschätzt.

Wird solche Enttäuschung also auf dem Rücken noch Schwächerer, der Ausländer und Asylbewerber, abregiert? Das aber heiße zugleich, daß der Vereinigungsprozess selbst zu einem der Impulsgeber für die Ausländerfeindlichkeit geworden wäre.

Klaus Holst

Reisen und Radeln

Ein neuer Service der Bahn

Jetzt gibt es Fahrräder am Bahnhof auszuleihen. Ob der Zug die Fahrradmitnahme erlaubt oder auch nicht, der Tagesritt auf zwei Rädern durchs Grüne ist möglich. In Binz beispielsweise wird mit Fahrkartenvorlage ein Fahrrad für sechs oder eins mit Dreigangschaltung für acht Mark pro Tag vermietet. So kann über das Jagdschloß Granitz nach Sellin, Baabe bis Göhren gefahren werden, wo das Rad wieder abgegeben wird.

Wer wissen will, wo dies in Mecklenburg/Vorpommern bereits möglich ist, holt sich die Broschüre „Fahrrad am Bahnhof“. Hier stehen auch Tourenvorschläge mit den Streckenkilometern. Eine Wanderkarte nicht vergessen, zwischen Wiesen und Feldern ist der stinkende Autoverkehr abgehängt. In und um Schwerin oder Wismar hat die Bahn dies verpennt - kein Rad da.

J.C.B.

Der Klützer Winkel:

Mecklenburgs Küste zwischen Travemünde und Boltenhagen

Travemünde, - mondäner Kurort, Autos, Fährschiffe, Strand und die neue Schwimhalle; nicht jeder liebt die große Geschäftigkeit an der Ostsee. Wie gut, daß es gleich nebenan eine Alternative gibt: Die Küste des Klützer Winkels.

Ich lade mein Fahrrad vom Autodach, lasse mich mit der Fähre zum Priwall hinüberschaukeln, fahre die wenigen Kilometer zur ehemaligen Grenze, - und da ist sie, die Ruhe, die Einsamkeit, die Naturbelassenheit der Landschaft. Direkt hinter dem Strand führt der „Kolonnenweg“ der ehemaligen Grenztruppen, in immer gleichem Abstand der Küstenlinie folgend. Es ist nicht einfach, mit dem Fahrrad auf den Betonlochplatten des Kolonnenweges zu fahren.

Um nicht mit den Reifen durch die Lochreihen zu stolpern, versuche ich genau Spur zu halten, den Blick locker nach vorn zu richten und den Lenker unverkrampft zu halten. Nur hin und wieder beinträchtigt ein intensives Rattern den Fahrgenuß, kleine Unachtsam-

keiten werden einem hier sofort quittiert.

Zur Landseite hin weite Felder, gegliedert durch Baumgruppen, durch Büsche, Feuchtwiesen, Gräben und Tümpel, umstanden von Kopfweiden.

Zur Wasserseite hin eine Gehölzreihe und dahinter der Strand, leer, sauber, naturbelassen, frei von Spuren des Tourismus. Der Weg führt durch den Brooker Wald: Zwischen Anemonenblüten und grauen Buchenstämmen ist der Blick frei über die Lübecker Bucht. Weit weg die Hochhäuser der Ostseebäder, Fähre- und Fracht-schiffe, die Travemünde, Lübeck und Neustadt anlaufen.

Ab und zu zweigt ein Weg landwärts ab. Ich folge einem, der besonders vielversprechend scheint und komme nach Elmenhorst. Schöne Bauernhäuser und Katen, dazwischen einige Wiesen, belebt durch Enten oder eine Katze auf Mäusejagd.

Eine Kirche mit einem Turm, der aussieht wie eine etwas zu eilig aufgesetzte Mütze, und eine Allee

aus rosa blühenden japanischen Kirschenbäumen.

Ich fahre weiter über Steinbeck nach Redewisch. Die Straße führt zwar mitten durchs Land, doch an ihrem höchsten Punkt hat man vor sich und hinter sich den Blick auf die Ostsee. Gelbe Raps- und tiefgrüne Weizenfelder hintereinander gestaffelt, Wäldchen, markante Einzelbäume, dann die Ostsee, am Horizont begrenzt durch den Strand der Insel Poel.

Schließlich gelange ich sanft bergab fahrend nach Boltenhagen. Nach den vielen Eindrücken der Radfahrt tausche ich gern die Einsamkeit gegen die Betriebsamkeit des Kurortes. Nach einem Stück Kuchen auf der Kurpromenade zieht es mich zu neuen Seebücke.

Hier ist etwas los, hier gibt es „Rundfahrten in See“, hier manövriert „Muffi“ aus Rostock, hier reißt der „Stormvogel“ seine Segel. An Zuschauern ist ebensoviel Mangel, wie an mehr oder weniger fachmännischen Kommentaren zu allem, was sich kommentieren läßt.



ALPTRAUM AUTO: Die Greenpeace-Gruppe Schwerin zeigt vom 26.6. bis 24.7. im Schweriner Neustädtischen Palais die so betiteltete Ausstellung, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen des „Autowahns“ beleuchtet. Öffnungszeiten: Mo - Fr 9 bis 18 Uhr. Foto: Hans-Jürgen Wohlfahrt

Frau Uhlmanns größte Fahrt

„Rio war ein voller Erfolg“. Das sagte Landesumweltministerin Dr. Petra Uhlmann nach der Rückkehr von dem riesengroßen Umwelt-Gipfeltreffen vor der Landespresskonferenz. Und fuhr, auf die landespolitische Umsetzung der Klima-Konvention angesprochen, fort: „In erster Linie ist hier der Bund mit entsprechenden Gesetzen und Verordnungen gefordert“. Sie sieht also für die Hauptthemen der Konferenz weder Zuständigkeit noch Verantwortung im eigenen Tätigkeitsbereich; und daß in Rio de Janeiro irgendwer an Frau Uhlmanns Allgemeingedenken zum Umweltproblem interessiert war, den sie nicht selber mitgebracht hat, kann sie gewiß noch nicht mal der Landespresskonferenz von Mecklenburg-Vorpommern erzählen. Trotzdem war sie im fernen Brasilien dabei. Warum eigentlich?

Damit sie nachher - wie diese Woche geschehen - den Journalisten zum vielleicht fünfundzwanzigsten Mal von der Großtat der Ausweisung dreier weiterer Naturparks in MeVoPo berichten kann? Und davon tönen, daß eben jene CO₂-Reduzierung, für die sie sich wenige Sätze zuvor unzuständig erklärt hat, in Mecklenburg-Vorpommern „sehr schnell erreicht“

würde? Und gegen die Aufstockung der Entwicklungshilfe auf immer noch beschämende 0,7 Prozent des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts stänkern, weil dann „zu wenig für die neuen Länder übrigbleibt“? Und das „Global Forum“, das Treffen der Umweltorganisationen der Welt, das ein einziger Protest gegen das wortreich bemäntelte Versagen der versammelten Regierungen war, zu einer Art Info-Party umschwindeln, bei der „den Einwohnern von Rio auf lockere Art Umweltbewußtsein nahegebracht“ wurde? Petra unterm Zuckerhut, - wo immer sie auftritt, sie unterläßt es nun mal nie, die Erwartungen zu erfüllen, die man in sie nur setzen kann. Leider.

Einziges ökologisch relevantes Ergebnis der Fahrt Frau Dr. Uhlmanns zur Copacabana ist der Kerosin-Verbrauch des von ihr benutzten Flugzeugs. Wer hat diese Vergnügungsreise zur Steigerung des ministeriellen Selbstwertgefühls eigentlich bezahlt? Ganz besonders in einem Land wie diesem, in dem öffentliches wie privates Geld so knapp ist, wäre das eine Frage für den Landesrechnungshof, wenn es ihn denn endlich gäbe.

Michael Will

